Zeitschrift der Grünen Jugend Niedersachsen

DER IGEL

Nr. 38 / April 2003

Krieg ist kein Kinderspiel!

Landtagswahl
Wahlgewinnerin Else

Gebt das Hanf frei!
Wettbewerb mit tollen Preisen

Ökologie
Kampagne: Grüner leben

Strukturreform
Satzungsdiskussion GJN

Vorwort

Liebe LeserInnen,

tja nun ist es leider soweit: seit den letzten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen stellt die Union die Mehrheit im Bundesrat. Was in Niedersachsen am 02.02.03 so passiert ist, dazu findet ihr beim Thema Wahlen alles, was ihr schon immer wissen wolltet.

Was uns besonders beschäftigt, ist natürlich der drohende Irak Krieg. Dazu gibt es Artikel über Friedensbewegungen, über Propaganda der USA und über das vergessene Thema Tschetschenien.

Soviel zum inhaltlichen Teil, zu jedem Thema gibt es außerdem eine Meinungsseite. Der interne Teil beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit unseren Strukturen. Der Landesvorstand beantragt für die nächste Landesmitgliederversammlung Satzungsänderungen. Wie brisant das Thema Satzung auch bei den Altgrünen ist, lest ihr auf Seite 23.

Viel Spaß dabei wünscht Euch die Redaktion

Inhalt

Titel - Krieg ist kein Kinderspiel
Wie verkaufe ich einen Krieg? 3
Supermacht Friedensbewegung 4
Der 15. Februar in Berlin 6
Meinung: Eins zu eins ist jetzt vorbei. 7
PM: USA brechen Völkerrecht 8
Glosse: Ölfunde in der Lüneburger Heide! 9
Palästinenser in Israel 11
Russland und Tschetschenien 14

Wahl - Landtagswahl in Niedersachsen
Im Schlafwagen an die Macht 16
"Wahlsiegerin Else" 17
Gebt das Hanf frei! 18

Kampagne - Öko & Lifestyle
Ökokampagne Grünerleben 19
Ein Biocent für die Gerechtigkeit 20

Intern - GJN Internes
Adressen und Termine 21
Bericht von der LMV im Dezember 22
Urabstimmung bei Bündnis 90/Die Grünen 23
Satzungsreform Landesvorstand 24
Satzungsreform IGEL 26
Einladung zur nächsten LMV 27
Mitglied oder FörderIn werden! 28

Impressum

DER IGEL

Herausgeberin
Grüne Jugend Niedersachsen
Odeonstraße 4
30519 Hannover
Fon: (0511) 126 085 77
Fax: (0511) 126 085 85
E-Mail: info@gj-nds.de
Web: www.gj-nds.de

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500
BLZ: 251 205 10

Redaktion
Michael Anklamm, Tina Below, Meike Classe, Caroline Krugmann, Christian Meyer, Stefan Seibert, Dominik Spitschan.

Mitarbeit
Landesvorstand GJN, Konstantin Knorr, Jan Haude.

Auflage
600 Stück

Druck
i!de Werbeagentur
Fon: (0511) 336 128 0

Layout
Jan Philipp Albrecht

Anmerkung
Namentlich gekennzeichnete Artikel, besonders in den Meinungsseiten, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt dieser Igel Ausgabe ist nur die Redaktion verantwortlich.

Wie verkaufe ich einen Krieg?

Tod, Leiden und wirtschaftliche Not als produktiv und notwendig darzustellen, braucht besondere Marketingkenntnisse.

Krieg und Frieden sind Themen, die die Bevölkerung immer besonders aufmerksam gegenüber den gerade regierenden Politikern machen und sie sensibilisieren. Beispielsweise Wirtschaftspolitik ist zu themenspezifisch, als das mensch sich darüber einfach eine Meinung bilden könnte, zudem wird ein Zusammenhang zwischen diesen Entscheidungen und dem eigenen Leben oft nicht gesehen. Anders Krieg und Frieden, steht ein Krieg bevor, werden Ängste in den Menschen wach, die von den machthabenden Politikern bekämpft werden müssen. Also beginnt das bekannte Spiel: dieser Krieg würde die Demokratie in die Welt bringen, armen Menschen helfen...

Schon Präsident Wilson brachte 1917 in seiner Rede an das Volk den Begriff vom „Kreuzzug der Demokratie“ auf, die Rede verfehlte ihre Wirkung nicht: das amerikanische Volk stand begeistert hinter Wilson und unterstützte die Intervention der USA in den ersten Weltkrieg bedingungslos.

Die Strategie der kriegswilligen PolitikerInnen hat sich allerdings vor allem in den USA sehr gewandelt, belehrt von den Massendemonstrationen der Menschen gegen den Vietnam Krieg, setzen die PR Berater nun auf Desinformation und gezielte Auswahl statt auf Live Übertragungen vom Krieg.

CNN und Fox versorgen die amerikanische Bevölkerung mit patriotischen News wie Bilder von amerikanischen Soldaten in der Golfregion, Werbefilme zum Krieg, Irak Fragen in Quizshows und ungekürzte Übertragungen jeder Äußerung Bushs und Rumsfelds.

Außerdem gibt es in den USA nun das „Office of Global Communications“, das (inter)nationale Journalisten mit Falschmeldungen oder unausgewogenen Informationen versorgt. So entstand die Geschichte, dass Saddam Hussein den UN Waffeninspektoren 1998 die Kooperation aufgekündigt habe. In Wirklichkeit verließen die Inspektoren das Land, weil sie von den kommenden US-Bombardements wussten und sich nicht in Gefahr bringen wollten. Oder die tränenreichen Schilderungen einer vermeintlichen Irakerin vor dem UN Sicherheitsrat, dass im Irak Säuglinge aus Brutkästen geworfen werden. Nachdem der Sicherheitsrat dann einer militärischen Intervention im Irak (erster Golfkrieg) zugestimmt hatte, entpuppte sich das Mädchen als Tochter des kuwaitischen Botschafters.

George Bush unmissverständlich...

Dass nicht nur amerikanische Medien auf den drohenden Krieg gegen den Irak vorbereiten, zeigt die Ansammlung von Kriegsfilmen und Reportagen im TV Programm der letzten Wochen. Doch nicht nur Sender wie Pro7 oder RTLII, an denen amerikanische Medienzaren Beteiligungen halten, zeigen Kriegsfilme, auch die öffentlichrechtliche ARD zeigte eine Reportage über den Flugzeugträger „Abraham Lincoln“, die das Schiff mit Sonnenuntergängen illuminierte und Patrioten unreflektiert zu Wort kommen ließ. Die einzige Kritik an dieser Produktion war wohl der Name des Schiffes, sprach doch Abraham Lincoln zu Lebenszeiten davon, dass jeder Krieg Unschuldige fordern würde und ein Krieg niemals Vorteile hätte.

Bleibt nur zu hoffen, dass wir jetzt nicht jeden Tag romantisch verklärten Krieg zu sehen bekommen, sondern eine differenzierte und kritische Berichterstattung.

Supermacht Friedensbewegung

Ein Bericht über die weltweite Anti-Kriegsbewegung in Amerika und im "alten Europa" von Dominik Spitschan.

DOMINIK SPITSCHAN

Aus der Sicht von George W. scheint der Fall klar zu sein: Amerika und Europa stehen geschlossen hinter den Kriegsplänen der USA, und „Abtrünnige" wie die Regierungen Frankreichs und Deutschlands sind Ausnahmefälle. Auch die amerikanischen und britischen Medien unterstützen den Krieg direkt oder indirekt und verurteilen dessen Gegner – krassestes Beispiel ist der Aufruf der New York Post, deutsche Produkte zu boykottieren.

Zugleich findet eine Wende in den Umfrageergebnissen statt: Seit Bushs kriegstreiberischer „State of the Union"-Rede und seitdem US-Außenminister Colin Powell dem UN-Sicherheitsrat „Beweise" für die Existenz von Massenvernichtungswaffen vorgelegt hat, befürworten um die 60% Prozent der US-Amerikaner und Briten einen Krieg sogar ohne UN-Mandat.

Doch sind sich die Menschen in fast allen Ländern der westlichen Welt tatsächlich einig, dass sie die USA bei diesem Krieg unterstützen? Wie sieht es aus mit Kriegsprotesten in anderen Ländern, besonders den USA und Großbritannien?

Diese und andere Fragen werde ich versuchen zu klären und zudem einen kurzen Überblick über die Geschichte der Friedensbewegungen den USA und Großbritannien Ländern zu geben. Auch die Rolle der Anti-Globalisierungsbewegung wird kurz angesprochen.

Friedensbewegung in Amerika

Auch wenn die Friedensbewegung in den USA durchaus noch weiter zurückreichende Wurzeln hat, trat sie zum ersten Mal deutlich in den Protesten gegen den Vietnamkrieg zutage. Als die Verluste unter den eingezogenen amerikanischen Soldaten stiegen und Gräueltaten an der vietnamesischen Bevölkerung bekannt wurden, organisierten sich – angeführt von Studenten des SDS (Students for a Democratic Society) – Kommunisten und Sozialisten, Quäker und Liberale aus der Bürgerrechtbewegung der Fünfziger Jahre und später auch die Gewerkschaften in losen Bündnissen, den sogenannten "Mobes" (Mobilizations). Eng verbunden mit dem Kampf gegen den Vietnamkrieg war damals die schwarze Bürgerrechtsbewegung.

Einen weiteren Auftrieb bekamen pazifistische Bestrebungen in den USA durch den atomaren Patt zwischen den USA und der Sowjetunion in den Achtziger Jahren. Die Tatsache, dass ein Krieg nun weder Sieger noch Besiegten haben würde, sondern nur die komplette Einäscherung der Welt nach sich zöge (tatsächlich hatten beide Mächte genügend nukleare Sprengköpfe, um die Menschheit gleich mehrfach auszulöschen), nährte Forderungen nach einem völligen Stop des Baus und der Weiterentwicklung von Atomwaffen.

Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Ostblocks schufen eine völlig neue weltpolitische Ordnung, in

welcher "der Kommunismus" nicht mehr als Feindbild herhalten konnte und so auch die atomare Bedrohung abstrakter wurde. Unter dem Eindruck des 1991er Golfkrieges zerfaserte die pazifistische Bewegung langsam, da z.B. einige radikale Linke die Ablehnung eines „Ölkrieges“ mit der bedingungslosen Verteidigung des Regimes Saddam Husseins verwechselten.

Seit den Anschlägen auf das World Trade Center jedoch beginnt die amerikanische Friedensbewegung wieder aufzuwachen: Angesichts des drohenden erneuten Irak-Krieges fanden zunächst vereinzelte Demonstrationen mit wenigen hundert Menschen statt. Am 26. Oktober 2002 jedoch demonstrierten bereits Zehntausende Menschen in mehreren größeren Städten der USA, am 8. Februar 2003 gingen über 150.000 Menschen in Washington auf die Straße – die bis dahin größte Demonstration in den USA seit den Vietnam-Protesten. Allerdings werden diese Aktionen recht beharrlich von der Regierung ignoriert und von den Medien totgeschwiegen.

Prominente Unterstützung erhalten die Kriegsgegner dabei von der Aktion „Not In Our Name“: Über 4.000 Menschen, unter ihnen der Politologe Noam Chomsky, die Bürgerrechtlerin Angela Davis sowie zahlreiche Hollywood-Schauspieler haben einen Aufruf unterzeichnet, der wegen der fast vorhandenen Gleichschaltung der amerikanischen Medien nur als Anzeige in der New York Times erscheinen konnte.

Am weltweiten Tag gegen den Irak-Krieg am 15. Februar fanden sich in New York City mehrere hunderttausend Demonstranten zusammen, in Los Angeles weitere 75.000 - 100.000.

Frieden in England und der CND

Die „Campaign for Nuclear Disarmament“, die Speerspitze der britischen Friedensbewegung, entsprang der Zeit der nuklearen Aufrüstung Großbritanniens während der Fünfziger Jahre und formierte sich 1958 als parteiunabhängige und damit außerparlamentarische Widerstandsbewegung. Ihre Forderung war daher zunächst eine unilaterale Abrüstung durch die konservative Regierung, weil mit einer Abrüstung auf der Basis internationaler Verhandlungen nicht zu rechnen war.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele setzte der CND auf neue Arten des gewaltlosen Protestes wie Sitzblockaden und vor allem – erstmals 1958 stattfindend – die viertägigen Ostermärsche vom Kernforschungszentrum Aldermaston nach London, die auch rasch in

anderen Ländern aufgegriffen wurden.

Auch die britische Friedensbewegung versank nach Ende des Kalten Krieges in der Bedeutungslosigkeit, wird in der letzten Zeit jedoch wieder vermehrt aktiv. Die erste größere Demonstration gegen den Irak-Krieg fand am 31. Januar in London mit ca. 4.000 Teilnehmer statt.

Eine Hauptrolle innerhalb der neuen Friedensbewegung spielt die Stop the War Coalition, die unter anderem für die Organisationder Demonstrationen am 15. Februar verantwortlich war (gemeinsam mit dem CND und der Muslim Association of Britain). Die geschätzte Zahl der Demonstranten im Londoner Hyde Park an jenem Tag variiert je nach Quelle zwischen 750.000 (New York Times) und 2 Millionen (http://www.indymedia.org). Zudem gab es mehrer Nebenaktionen, z.B. eine Sitzblockade auf dem Picadilly Circus mit 2.000 Menschen.

Attac und Globalisierungskritiker

Die aktuelle Bewegung der Globalisierungskritiker stellt die linke Massenbewegung von heute dar: Unter ihrem Dach finden sich Pazifisten, Umweltschützer, Christen, Menschrechtler und Gewerkschaftler aus aller Welt wieder. Gemeinsam ist ihnen, dass sie eine neoliberale Globalisierung, wie sie derzeit stattfindet bzw. bereits stattgefunden hat, in Frage stellen, weil die Öffnung der Märkte und die Entfesselung des Welthandels eine Reihe von Problemen aufwirft.

Die Antiglobalisierungsbewegung ist recht lose organisiert, vor allem aber in sogenannten NGOs (Nichtregierungsorganisationen, also parteiunabhängig und länderübergreifend agierende Bündnisse), deren bekannteste die in Frankreich gegründete Attac (Association pour une taxation des transactions financières pour l’aide aux citoyens) ist.

Innerhalb der neu erwachenden Friedensbewegung gegen die interventionistischen Kriege der USA nimmt Attac eine Schlüsselrolle als verbindendes Organ zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen ein. Unter anderem trat die Vereinigung als Mitinitiatorin des Aktionsbündnisses 15. Februar auf.

Abschließendes Fazit des Autors

Die New York Times hat es in einem Artikel vom 17.2.03 auf den Punkt gebracht: es gebe heute zwei Supermächte - die Vereinigten Staaten und die public opinion des Rests der Welt. Besonders der weltweite Aktionstag gegen den Krieg am 15. Februar hat gezeigt, dass sich die Menschen in den meisten Ländern der Welt zumindest in dem Punkte einig sind, dass sie diesen Krieg nicht wollen. Auch wenn ihre Regierungen sich offenbar aus diplomatischen Gründen auf der Seite der USA stehen.

Dominik Spitschan, 18, ist IGEL-Redakteur und engagiert sich in der Grünen Jugend Region Braunschweig.

Beeindruckende Demo gegen den Irak-Krieg

Zusammen mit der GRÜNEN JUGEND demonstrierten am 15. Februar rund 500.000 Menschen gegen einen möglichen Irak-Krieg. Ein Bericht von Tina Below und Caroline Krugmann über die neu erstarkte Friedensbewegung in Deutschland

TINA BELOW & CAROLINE KRUGMANN

Berlin, 15.Februar 2003:

12:25 Der Zug am Alex setzt sich vorzeitig in Bewegung, da der Menschenandrang so groß ist!
14:16 Polizei stuft die ganze Demonstration als Kundgebung ein - nichts geht mehr!
15:12 In Berlin sind es nach neuesten Schätzungen 500.000 Menschen!
16:52 50.000 Menschen demonstrieren in Stuttgart!

Momente eines beeindruckenden Demonstrationstages, der weltweit elf Millionen Menschen in ihrem Proteste gegen eine drohende Intervention im Irak einte. Dieser "Europaweite Aktionstag gegen den Krieg" wurde auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz beschlossen.

Doch nicht nur das "Aktionsbündnis 15. Februar" welches sich unter anderem aus Vertretern der Grünen, der PDS, der Jusus und dem DGB zusammensetzt, macht mobil gegen einen Angriffskrieg. Mehr als 50 gesellschaftlich relevante Gruppen, darunter auch Kirchen und Künstler unterstützen die Friedensbewegung in Deutschland.

Außer der einschlägig bekanntesten Organisation "Attac", finden sich auch regionale und lokale Gruppen wie der "Friedensweg e.V. Leipzig ", die mit Mahnwachen und Diskussionen eine bürgernahe Sensibilisierung für die Gefahr eines Angriffs durch die USA fördern.

Der informelle Dachverband der Friedengruppen ist das Netzwerk "Friedenskooperative", welches sich gegen Krieg und für zivile Konfliktlösung einsetzt.

Dieses Netzwerk ist Herausgeber des Magazins "FriedensForum", welches, abgesehen von diversen Schwerpunkthemen, auch als Kommunikationsplattform für Friedensgruppen dient.

Es unterstützt kleinere Organisationen bei ihren Kampagnen durch Infomaterial und die Vernetzung mit anderen Gruppen für gemeinsame Aktionen.

Auch die Kirchenleitungen sind sich in der Frage des Irakkonflikts mit den Friedensgruppen einig wie selten:

So hat Papst Johannes Paul II wiederholt sein "Nein zum Krieg" bekräftigt und auch die Evangelische Kirche Deutschlands ruft in ihrer "Mobilmachung für den Frieden" zu Demonstrationen auf.

Eine auch international agierende Gruppe ist "Pax Christi". Hierbei handelt es sich um eine ökumenische Friedensbewegung der katholischen Kirche, welche durch ihren Sitz im Rat von "Attac Deutschland" eine Brücke zwischen religiös motiviertem und politisch engagiertem Protest schlägt.

Schließlich wendet sich als äußerst mitgliedsstarke Vereinigung auch der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen eine Intervention im Irak.

Den Aufruf zur Teilnahme am "Europaweiten Aktionstag gegen den Krieg" begründet der DGB mit den Argumenten, die wohl für alle obengenannten Organisationen, mehr oder weniger zutreffen:

· *Obwohl die Waffenkontrollen der Vereinten Nationen bisher keine Anhaltspunkte dafür gefunden haben, dass das Regime Saddam Husseins weiterhin über Massenvernichtungswaffen verfügt, scheint ein Angriff auf den Irak unmittelbar bevorzustehen*

· *Wir unterstützen alle friedlichen Mittel, die geeignet sind, die Situation der Menschen im Irak zu verbessern und die dazu beitragen, die Bedrohung in der kri-*

sengeschüttelten Region zu beseitigen. Der DGB wendet sich in dieser Situation entschieden dagegen, diese Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

· Die weltweite Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und mit den Massenvernichtungspotentialen, insbesondere in Händen von Diktaturen, ist Sache der Völkergemeinschaft und nicht eines einzelnen Landes, auch wenn es sich um die derzeit einzige Supermacht handelt.

· Der DGB warnt vor den unkalkulierbaren politischen und ökonomischen Risiken, die eine militärische Intervention im Irak mit sich bringt und die zur Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen können. Schlimmer noch ist, dass die ohnehin leidgeprüfte irakische Zivilbevölkerung die Hauptlast der kriegerischen Auseinandersetzung zu tragen hätte.

· Es müssen alle friedlichen Optionen zur Beilegung des Konfliktes genutzt werden. Es ist die Verantwortung der deutschen Bundesregierung, im UN-Sicherheitsrat militärischen Aktionen nicht zuzustimmen und für eine friedliche Lösung zu werben.

Wenn ihr Euch tiefergehend über die genannten Organisationen informieren oder Euch engagieren möchtet, schaut doch mal unter den folgenden Internetadressen:
www.attac.de | www.friedenskooperative.de | www.friedensweg.de | www.kein-krieg.de | www.paxchristi.de | www.dgb.de

Tina Below (21, rechts) und Caroline Krugmann (20, links) engagieren sich in der Grünen Jugend Hannover und sind Mitglieder der IGEL-Redaktion.

Eins zu eins ist jetzt vorbei.

In seinem Meinungsbeitrag warnt Jan Haude vor Vereinfachungen wie Schwarz/Weiß-Schemas und sucht die "Achse des Bösen" im Supermarkt um die Ecke.
JAN HAUDE

Sonnenschein ist schöner als Regen. Pizza schmeckt besser als Linseneintopf. Faulenzen ist schöner als Arbeiten. Schön, wenn mensch sich so einfach entscheiden kann.

Bei einigen politischen Ereignissen fällt mir das immer schwerer. Allzu häufig kommt mir dabei die Tocotronic-Textzeile "Eins zu eins ist jetzt vorbei" in den Sinn. Gibt es noch Gut und Böse in der Politik?

Zugespitzt merke ich dies momentan beim Irak-Konflikt. Gerne würde ich mich, wie es viele Friedensaktivisten tun, klar für eine Seite positionieren. Sagen, die USA ist böse, verfolgt nur wirtschaftliche Interessen und der angestrebte "Präventiv-Krieg" gegen den Irak ist ein imperialistischer Akt und allein aus diesen Gründen abzulehnen.

Ist es nicht anrüchig, wenn eine Großmacht, die selber unzählige Massenvernichtungs-Waffen hat, den Weltpolizisten spielt? Hat überhaupt irgend jemand das Recht, seine Meinung und seine Vorstellungen als universal richtig hinzustellen und von anderen zu fordern, sich nach diesen zu verhalten?

"Früher war alles besser. Da war der Feind noch klar als solcher zu erkennen. Da war "das System" noch eindeutig scheiße und der richtige Weg völlig logisch."

Im Zeitalter des Weichspül-Kapitalismus wird dies zunehmend schwerer. Ist die hässliche Fratze des Profits zu fein geschminkt oder ist die Fratze doch nur ein normales Gesicht, das auch fratzenhafte Züge annehmen kann?

Der Fluch des Pluralismus. Zwischen schwarz und weiß gibt es unzählige Graustufen. Haben wir das Recht, uns in der Freiheit zu suhlen und zuzulassen, dass andere Menschen unterdrückt werden? Hat sich die irakische Bevölkerung diesen Diktator ausgesucht? Sind die jubelnden Massen nur bezahlt oder stehen sie wirklich hinter Saddam?

Was passiert, wenn der Irak wirklich Massenvernichtungswaffen hat und zu einer weltweiten Bedrohung wird?

Die Haltung, die viele westliche Linke annehmen, ist bequem. Wir haben die Möglichkeit, zwischen Chipstüten, Cola und Fernsehen das System zu kritisieren. Vorgefertigt gibt es auch das passende Outfit zum "Dagegen-sein". Das T-Shirt mit dem Anarchie-Zeichen drauf kostet im Szene-Laden nur 11 Euro 80. 11 Euro 80, um dagegen zu sein.

Der Button mit der Friedenstaube ist schon für 50 Cent zu haben. Ab drei Stück gibt es Mengenrabatt. Die leidende irakische Zivilbevölkerung ist uns unendlich dankbar, wenn wir sie tragen. Dadurch geht es ihnen gleich viel besser.

Eins zu eins ist jetzt vorbei. Ich bin gut, bist du böse? Die Achse des Bösen verläuft angeblich im Supermarkt um die Ecke zwischen der Tiefkühl- und der Kosmetikabteilung. MC Donalds ist böse, Burger King ein Angriff auf den Monopol-Kapitalismus?

Aber eines ist doch sicher...

Jan Haude, 21, ursprünglich aus Soest ,NRW, studiert jetzt in Hannover. Er war 1/2 Jahr Beisitzer im Bundesvorstand.

USA brechen Völkerrecht

Die Grüne Jugend Niedersachsen (GJN) verurteilt den amerikanischen Alleingang und den damit verbundenen Bruch des Völkerrechts aufs Schärfste.

Anders als die USA hält die GJN die vorliegenden UN-Resolutionen nicht für eine Autorisierung zum Krieg gegen den Irak.

Präsident Bush hat in seiner Rede an die Welt dem UN-Sicherheitsrat vorgeworfen seine Pflichten nicht erfüllt zu haben. Die GJN ist der Meinung, dass das Hauptziel der Vereinten Nationen die Erhaltung des Friedens ist. Die USA verletzen ihre Verantwortung als Mitglied der Vereinten Nationen, indem sie nun ohne weitere Konsultationen mit dem UN-Sicherheitsrat einen militärischen Alleingang forcieren.

Die GJN verurteilt grundsätzlich den Versuch der Bush-Administration die Weltsicherheit als nationalen Verteidigungsfall zu missbrauchen. Weder konnte eine direkte militärische Bedrohung durch die UN-Waffeninspekteure belegt werden, noch gibt es ausreichend Beweise für eine Verbindung zwischen dem irakischen Regime und der Terrororganisation al Quaida.

Auch sieht die GJN das 48-stündige Ultimatum an Saddam Hussein als taktisches Manöver an, da nicht ernsthaft damit zu rechnen ist, dass Saddam Hussein innerhalb dieser Zeit freiwillig das Land verlässt. Dieses Ultimatum ist eine Farce, um die Weltöffentlichkeit von den angeblich friedlichen Absichten der USA zu überzeugen.

Ein Krieg wird verheerende Folgen für die Bevölkerung des Irak haben. Die ohnehin durch das UN-Embargo notleidende Bevölkerung wird durch einen erneuten Krieg am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Ein Krieg im Irak ist eine humanitäre Katastrophe!

Die GJN fordert daher auf, alle Kräfte für eine friedliche Lösung des Irakkonfliktes zu mobilisieren!

Hannover, 18.03.2003
Für die Grüne Jugend Niedersachsen:
Josefine Paul
Pressesprecherin im Landesvorstand

Verändertes Filmplakat: Scherz oder ernst?

In unserer beliebten Glosse setzt sich Christian Meyer heute mit der Haltung der CDU zum Irakkrieg auseinander und stellt die Frage, ob die von Bush angestrebten "Regime changes" in Niedersachsen vielleicht schon am 2. Februar stattgefunden haben.

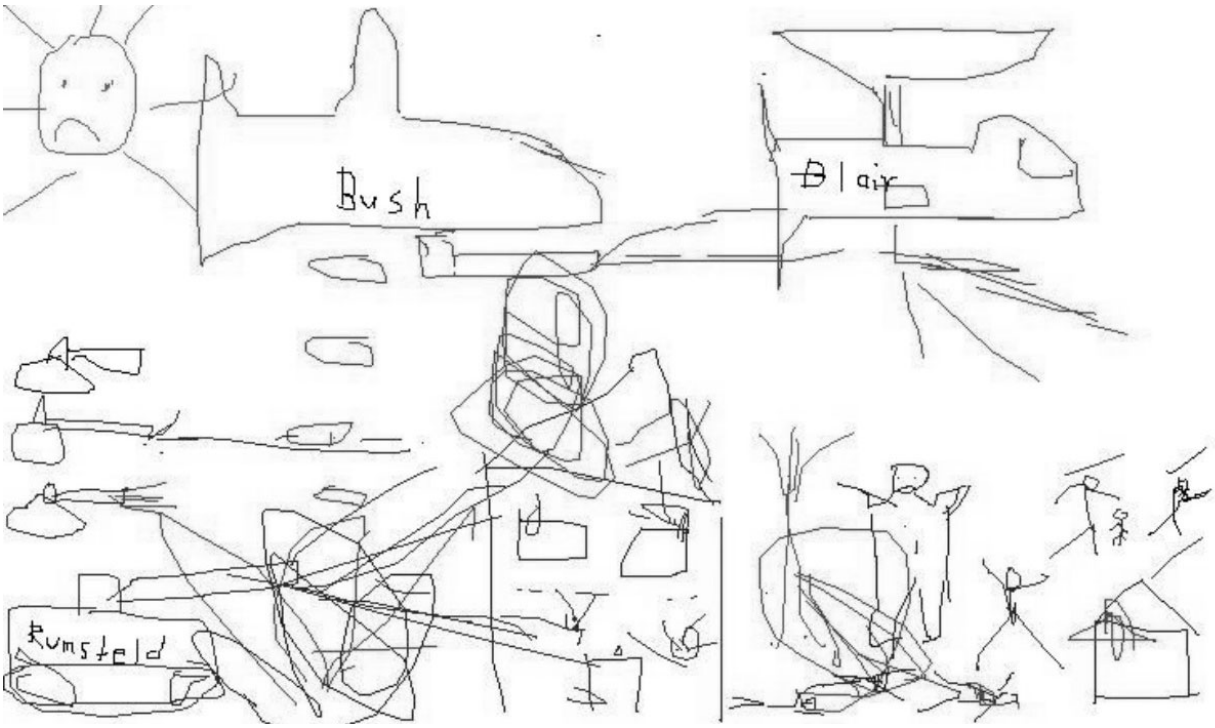
Ölfunde in der Lüneburger Heide

"Eine unionsgeführte Bundesregierung würde im Sicherheitsrat niemals gegen die Amerikaner stimmen", behauptet die CDU-Oberkommandierende Angela Merkel in einem Interview. Zum Glück ist uns das erspart geblieben! Ebenso wie ein Möchtegern-Außenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der nach den von Powell im UN-Sicherheitsrat präsentierten "Beweisen" über den Irak, davon vollkommen überzeugt war. Powell lobte dabei besonders das "hervorragende Geheimdienstmaterial" der Briten, bei dem es sich überwiegend um veraltete studentische Arbeiten, inklusive aller Rechtschreib- und Grammatikfehler handelte.

Schäuble hätte sich wahrscheinlich nach einem studentischen US-Pamphlet über die angebliche Mittelstands- und Großindustriefeindlichkeit der Schröderregierung, ebenfalls sofort zur Forderung nach einem "regime change in Germany" hinreißen lassen. Notfalls, auch mit Gewalt, denn die CDU will militärische Gewalt zur Durchsetzung "deutscher Interessen" in keinem Falle und nie, nicht ausschließen.

Oh, keine falschen Verdächtigungen: Den als "Regierungswechsel" verbrämten Kanzlersturz fordert die Opposition ja bereits. "Schröder sei isoliert", tönt die nicht mit Kriegstreibern in einem Topf sitzende Union landauf landab. Das sich die CDU massiv von der friedliebenden Bevölkerung und dem Papst isoliert hat, ist ihr noch nicht aufgefallen. Und auch im UN-Sicherheitsrat stehen loyal zu den USA nur noch Großbrittanien, Spanien und Bulgarien. Der Rest will keine Kriegsresolution. In Spanien sind über 90% der Bevölkerung gegen den Krieg und Schröder wird dort mit Friedenssymbolen und Plakaten begrüßt. In San Francisco demonstrieren am 15.2.03 200.000 Menschen mit "Merci Frankreich" und "Danke Deutschland"-Schildern. Die große Mehrheit der Menschheit ist gegen diesen Krieg, nur die Union imitiert mit ihren kläglichen Gestalten im Bundestag den jämmerlichen Bush-Kurs. Fehlt nur noch die unverzügliche CDU-Forderung nach UN-Inspektoren und der entsprechenden militärischen Drohkulisse, um die rot-grüne Bundesregierung zur Abrüstung aller (auch der nicht vorhandenen) Wahlaussagen zu zwingen.

Aber Ziel der CDUSA ist ja nicht die Wahrheit oder sinnvolle Abrüstung, sondern der interessengeleitete Regierungswechsel. Rumsfeld nennt Deutschland bereits in einer Reihe mit Libyen und Kuba. Gott bewahre uns vor heimlichen Ölfunden in der Lüneburger Heide ! CM



Krieg ist kein Kinderspiel: Eine Zeichnung des innerlich jüngsten GJN-Mitgliedes?

ANZEIGE

Neulich im Landtag

Informationen
der Landtagsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511/3030-4207
Email: landtag.nds@gruene.de
www.gruene-niedersachsen.de

Landtagswahl 2003

Bestes Wahlergebnis in der Geschichte der niedersächsischen Grünen

Mit 7,6% erreichte die niedersächsische Bündnisgrünen das beste Ergebnis seit ihrem Bestehen. Dementsprechend sind sie in der kommenden Legislaturperiode mit 14 Abgeordneten im Landtag vertreten. Dieser Erfolg ist auf einen professionell geführten Wahlkampf und auf hoch engagierte WahlkämpferInnen zurückzuführen.

Am Rosenmontag wird die neue Fraktion begrüßt und gleichzeitig werden auf einer Party mit dem Motto „Schwarz-gelbe Nacht über Niedersachsen“ die „Ehemaligen“ verabschiedet. Immerhin verlassen mit Brigitte Pothmer, Michel Golibrzuch, Brigitte Litfin und Thomas Schröder vier bewährte Abgeordnete den Landtag.

Die neue Fraktion werden wir in der nächsten Ausgabe des IGEL ausführlich vorstellen.

Schon gewählt worden ist ein neuer Fraktionsvorstand:

Rebecca Harms als Fraktionsvorsitzende mit den Stellvertretern Enno Hagenah und Hans-Albert Lennartz.

Doch die guten Ergebnisse für die Grünen haben einen bitteren Beigeschmack. Nach dem Wahlsieg der CDU und dem Wiedereinzug der FDP bekommt Niedersachsen eine schwarz-gelbe Landesregierung.

„Meine größte Sorge ist, dass wir nun eine unsolidarische Politik haben werden,“ sagte Rebecca Harms nach dem Wahldebakel der SPD. Eine Koalition aus CDU und FDP werde Niedersachsen vor allem in der Bildungspolitik „einen Rückfall in die 50er Jahre bescheren“.

Die Fraktion hatte bereits vor der Wahl mit einem Flugblatt vor den bildungspolitischen Konsequenzen gewarnt:

„Dreigeteilt – Niemals!“

Die CDU will die Kinder wieder nach der 4. Klasse auseinander sortieren.

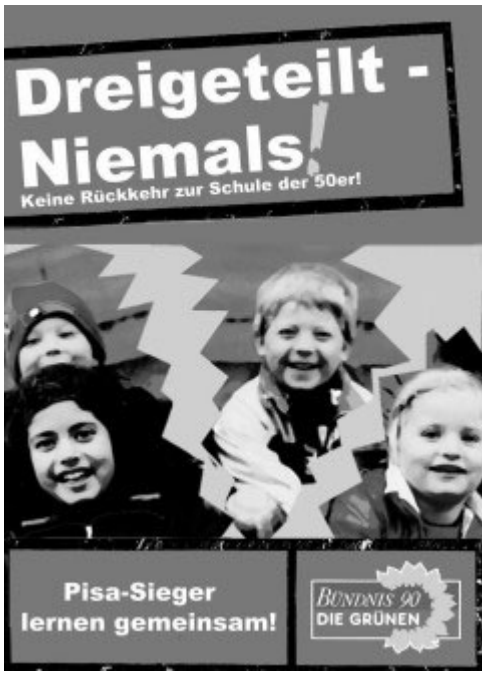
Damit werden für viele Kinder die Bildungschancen frühzeitig verbaut. Die soziale Selektion in der Schule wird verschärft.

In den bei PISA erfolgreichen Ländern gehen die Kinder neun Jahre gemeinsam zur Schule.

Die CDU will neue Gesamtschu-len verhindern

Auch dort, wo die Eltern dieses ausdrücklich wünschen, will die CDU keine neuen Gesamtschulen mehr zulassen. Das alte 3-Klassen-Schulsystem wird von der CDU zum Dogma erklärt.

Die bei PISA erfolgreichen Länder haben sich seit Jahrzehnten vom mehrgliedrigen Schulsystem abgekehrt.



Die CDU will den Ausbau von Ganztagsschulen blockieren

Die CDU will an der reinen Vormittagsschule festhalten. Nachmittags soll es nur freiwillige Betreuungsangebote geben. Ein Mehr an Bildungszeit in der Schule soll es mit der CDU nicht geben.

In den bei PISA erfolgreichen Ländern ist die Ganztagsschule selbstverständlich.

Die CDU will zurück zur Schule der 50er Jahre

PISA hat gezeigt: Unsere Schulen müssen dringend reformiert werden. Nur so können sie dem Bildungsanspruch unserer Kinder und Jugendlichen gerecht werden. Nur die Länder, die in den vergangenen Jahrzehnten ihr Schulsystem grundlegend umgebaut haben, sind bei PISA erfolgreich gewesen.

Aber die CDU hat nur Rezepte aus den 50er Jahren.

Damit wird Niedersachsen den Anschluss an die bei PISA erfolgreicheren Länder weiter verlieren.

Wir meinen:
PISA-Sieger lernen gemeinsam!

Leben hinter den Linien – Fremde im eigenen Land

Trotz drohendem Irakkriegs bietet der Nahe Osten ein weiteres Dauerthema: Israel. Meist wird dabei jedoch nur die Lage im Westjordanland und dem Gaza-Streifen, die sogenannten „Autonomiegebiete" betrachtet. Helge Limburg wagt einen Blick auf die in Israel lebenden Palästinenser.

HELGE LIMBURG

Israel ist ein jüdischer Staat. So steht es in der Verfassung von 1948. Trotzdem gibt es dort eine große Anzahl arabischstämmiger Israelis, zumeist Moslems und Christen. Diese machen heute etwa 20% der Gesamtbevölkerung aus. Obwohl sie einen israelischen Pass besitzen, fühlen sich die meisten als Palästinenser und erleben sich als Minderheit im eigenen Land. Dies hängt im Wesentlichen mit der Entwicklung in der Region seit 1948, dem Jahr der Gründung Israels, zusammen.

Entwicklung von 1948 bis heute

Die Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft war in den letzten 50 Jahren massiven Veränderungen unterworfen. Vor der Staatsgründung 1948 lebten ca. 1,3 Millionen Palästinenser und ca. 700 000 Juden in dem britischem Mandatsgebiet Palästina. Obwohl der aggressive Zionismus seit Mitte der 20er Jahre die Beziehungen belastete, funktionierte das Zusammenleben weitestgehend ohne Probleme. Mit der Staatsgründung 1948 begannen jedoch die Probleme: Im selben Jahr begannen jüdische Milizen mit der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihren Dörfern und den großen Städten um Platz für die vielen jüdischen Zuwanderer, vor allem Holocaust-Überlebende, zu schaffen. Etwa 85% der palästinensischen Bevölkerung wurde damals vertrieben. Teilweise flüchteten sie ins Westjordanland oder den Gaza-Streifen, ein Teil blieb jedoch im Land und versuchte sich an anderen Orten eine neue Existenz aufzubauen. Diese und weitere Flüchtlingswellen nach den Kriegen 1967 und 1973 sowie die permanente Einwanderung von Juden aus der ganzen Welt führte schließlich zu der heutigen Gesellschaftsstruktur.

„Kulturkampf"

Durch die Vertreibungen wurde nach und nach eine fast vollständige Trennung der arabisch-palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung erreicht. So leben heute in Städten wie Tel-Aviv oder Beersheba fast ausschließlich jüdische Israelis, Nazareth ist nach wie vor eine fast rein arabische Stadt, die einen erheblichen Zuwachs durch die vielen Flüchtlinge erhielt. Andere Städte, wie Akko oder Haifa, beherbergen beide Volksgruppen, jedoch zumeist nach Stadtvierteln getrennt.

In Akko, das vor ´48 noch den arabischen, Jahrhunderte alten Namen Accra trug, setze ein regelrechter Kulturkampf ein: Neben der Stadt wurden auch Straßen umbenannt (z.B. heißt die Sultan-Souleyman-Straße heute Ben-Gurion-Straße; ein Badestrand im arabischen Stadtviertel wurde offiziell von Pferdestrand in Schweinestrand umbenannt), die städtische Müllhalde wurde unmittelbar neben dem Jahrhunderte alten arabischen Friedhof platziert und mitten im arabische Vier-

tel wurde ein Denkmal für die israelischen Soldaten des Krieges von 1948 errichtet.

Ein positives Beispiel für das Zusammenleben zwischen arabisch-palästinensischen und jüdischen Israelis stellt die Stadt Haifa dar: Auch hier sind die Stadtviertel überwiegend nach Volksgruppen getrennt, doch Bürgermeister Mitzna (der als Kandidat der Arbeiterpartei bei den letzten Parlamentswahlen gegen Ministerpräsident Sharon unterlag) bemühte sich in den letzten Jahren erfolgreich um ein Zusammenwachsen der Stadt. Dies wurde vor allem durch gemischte kulturelle Veranstaltungen, aber auch durch Begegnungsstätten der verschiedenen Religionen erreicht.

Obwohl auf dem Papier vollwertige israelische Staatsbürger, sind die Palästinenser in Israel alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt, die in der Summe das Bild vom demokratischen Rechtsstaat Israel erheblich beeinträchtigen.

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor spielen dabei, neben dem oben beschriebenen Kulturkampf, der sich ähnlicher Form auch in anderen Städten abspielt, die permanenten Sicherheitskontrollen: Aus (verständlicher) Angst vor Anschlägen werden arabisch aussehende Personen innerhalb Israels, auch beim ganz normalen Stadtbummel, immer wieder von Soldaten angehalten und kontrolliert. Am Flughafen werden ihre Gepäckstücke mit roten Aufklebern markiert, im Gegensatz zu jeder anderen Person erhalten arabisch aussehende Personen (übrigens unabhängig von ihrer Nationalität) ein rot markiertes Einreisevisum. Dies alles erzeugt innerhalb der arabischen Zivilbevölkerung täglich das Gefühl unter einer militärischen Besatzung zu stehen.

Israelische Panzer in den Straßen von Bethlehem: Dauerhafte Spannung in der Luft.

Der Tempelberg in Jerusalem: Verfeindete Kulturen auf engstem Raum.

Ein weiterer Punkt sind die Unterschiede beim Militärdienst. Jeder Israelische Staatsbürger muss 3 Jahre Militärdienst ableisten, jede Staatsbürgerin 2 Jahre. Die Möglichkeit zum Zivildienst oder zur Verweigerung des Militärdienstes existiert nicht, Verweigerer werden inhaftiert. Arabisch stämmige Israelis werden jedoch in aller Regel nicht zum Militärdienst einberufen, d.h. die Behörden ignorieren sie einfach. Nur auf den ersten Blick ist dies ein Vorteil: Viele Jobs werden nämlich nur unter der Voraussetzung des abgeleisteten Wehrdienstes angeboten (auch wenn nicht ganz deutlich wird, warum eine Verkäuferin oder eine Sekretärin an der Waffe ausgebildet sein muss.) Außerdem hängt die Höhe des Kindergeldes(!) vom geleisteten Militärdienst ab. Die Unterschiede schwanken je nach Regierung, in jedem Fall aber erhalten Personen, die den Dienst an der Waffe geleistet haben, mehr für ihre Kinder als andere.

Wesentlich stärker sind die Diskriminierungen jedoch bei der Versorgung mit öffentlichen Serviceleistungen zu beobachten: In arabisch dominierten Städten oder Stadtteilen sind Stra-

ßen und Wasserrohre in teilweise erbärmlichen Zustand, öffentliche Telefone oder Postämter gibt es kaum. Besonders extrem wird dieser Unterschied in Nazareth deutlich: Das arabische Stadtzentrum hat in allen erwähnten Bereichen erhebliche Mängel, ein kleiner jüdischer Vorort jedoch, der nach der Staatsgründung von der Regierung errichtet worden ist, ist stets modernisiert worden; Häuser, Leitungen und Straßen sind in tadellosem Zustand.

Nicht anerkannte Dörfer

Ein besonderes Phänomen sind auch sogenannte „Nicht-anerkannte Dörfer". Dies sind von Palästinensern bewohnte Dörfer (ihre Zahl beträgt heute etwa 500) die allerdings offiziell nicht existieren. Das bedeutet, dass der Staat ihnen natürlich auch keine Infrastruktur zur Verfügung stellt, wie Wasser, Strom und Straßen. In reicheren Dörfern wurden Wasserleitungen privat finanziert und an Hausanschlüsse(!) in anderen, jüdischen Dörfern angeschlossen. Strom wird mit Generatoren und Solarzellen direkt im Dorf erzeugt. Die meisten Dörfer müssen aber aus Kostengründen völlig auf Strom und fließendes Wasser verzichten. Und da die Dörfer formell nicht existieren, können quasi täglich Panzer oder Bulldozer mit dem Abriss der Häuser beginnen (was allerdings in den letzten Jahren kaum noch geschehen ist).

Der Großteil dieser Dörfer existierte bereits vor 1948 und ist vom Staat einfach ignoriert worden. Ein Teil ist allerdings auch erst nach 1948 von Vertriebenen Palästinensern gegründet worden, meistens in der Nähe ihrer eigentlichen Heimatdörfer. Der Staat war sehr kreativ, was die Enteignung der alten Dörfer und Grundstücke anging, und auch um die neu errichteten Dörfer nicht anzuerkennen ließ man sich eine Menge einfallen: So wurden viele Landstriche, unabhängig vom Zustand des Bodens, zu landwirtschaftlichem Nutzgebiet erklärt und als solches dem Staat zugeführt. Natürlich können solche Nutzflächen nicht mit Häusern bebaut werden. Wesentlich häufiger jedoch wurde das Land militärisches Sperrgebiet, was zumindest in den 50er Jahren zu einer Zerstörungswelle der neu errichteten Dörfer führte. Mitte der 80er Jahre haben sich die Einwohner der verschiedenen Dörfer zu einer Organisation zusammengeschlossen, deren einziges Ziel es ist, die Anerkennung jedes Dorfes zu erreichen. Zwar wurden unter der Regierung von Shimon Perez einzelne Dörfer offiziell anerkannt, doch bis heute warten selbst diese wenigen auf Strom und Wasser vom Staat, andere Dörfer werden auch weiterhin vollständig ignoriert.

Palästinenser wirft Steine auf einen israelischen Panzer.

Arabische Parteien

Natürlich beteiligt sich auch die arabisch-palästinensische Minderheit an den Parlamentswahlen. Zurzeit sind zwei arabische Parteien, Balad und die VAL, in der Knesset vertreten. Zusammen haben sie 9 der insgesamt 120 Parlamentssitze (die Zahl war bei den letzten Wahlen stets nur minimalen Schwankungen unterworfen). Allerdings konnten beide Parteien an den Wahlen in diesem Jahr erst nach einer Klage vor dem obersten israelischen Gerichtshof teilnehmen, da die Wahlkomission beiden die Teilnahme verweigert hatte.

Um den Nahostkonflikt zu lösen, sind schon viele Vorschläge und Initiativen gestartet worden, und mittlerweile befürwortet sogar Premierminister Sharon grundsätzlich die Gründung eines palästinensischen Staates. Dieses würde zweifellos die Situation im Westjordanland und im Gazastreifen entschärfen und vermutlich auch die Selbstmordattentate wirksam unterdrükken. Es würde aber keineswegs eine Lösung für die hier genannten Probleme darstellen. Denn verständlicherweise wäre kaum ein israelischer Palästinenser bereit, seinen Heimatort zu verlassen um etwa ins Westjordanland überzusiedeln. Die grundsätzliche Frage würde also bestehen bleiben: Wie können Palästinenser und Juden lernen miteinander zu leben?

Die vollständige Integration der palästinensisch-arabischen Minderheit muss im ganzen Land angegangen werden, nur so kann das Land und die Gesellschaft dauerhaft stabilisiert werden. Der jüdische Charakter des Staates stellt dabei für Muslime und Christen ein großes Problem dar. Jedoch zeigen Mitznas Ansätze in Haifa, das es nicht unmöglich ist, beide Volksgruppen zusammenzubringen. Ariel Sharon hingegen zeigt zur Zeit eher wenig Interesse an seinen arabischen Untertanen und auch an friedlichen Lösungen scheint ihm nicht sehr viel gelegen zu sein. Was bleibt ist die Hoffnung auf baldige vorgezogene Neuwahlen, was in Israel schon Tradition hat!

Helge Limburg, 20, ist im Landesvorstand der GJN und engagiert sich bei Grüns und der Grünen Jugend in Holzminden.

Niemals schweigen - Der Tschetschenien Konflikt

In seinem Bericht liefert Stefan Seibert einen kleinen Einblick in die russische Innenpolitik und schildert, wie Russland seit rund zweihundert Jahres ein kleines aufmüpfiges Bergvölkchen unterdrückt.

STEFAN SEIBERT

Zu einer Zeit, in der die gesamte Welt nach Bagdad, Washington, Berlin, London, Peking und Moskau guckt, sollte mensch sich auch daran erinnern, was nach wie vor in Tschetschenien passiert und vor noch nicht mal einem halben Jahr in Moskau seinen vorerst tragischsten Höhepunkt fand. Eine 40 Personen starke Gruppe, von tschetschenisch, muslimischen Terroristen unter der Leitung des Guerillaführers Moswar Barajew stürmte das Musicaltheater an der Melnikow-Straße und brachte über 700 Menschen in ihre Gewalt. Sie drohten das Musicaltheater mitsamt aller Geiseln und sich selbst in die Luft zu sprengen, sollten sich die russischen Besatzer nicht binnen einer Woche aus Tschetschenien zurück ziehen und so einen mittlerweile 200 Jahre alten Konflikt beenden. Kurz vor Ablauf der Frist stürmten Mitglieder der russischen Armee Elite-Einheit Speznaz das Musicaltheater und töteten durch den Einsatz eines Narkosegases und den darauf folgenden Feuergefechten alle Terroristen sowie über 100 Geiseln.

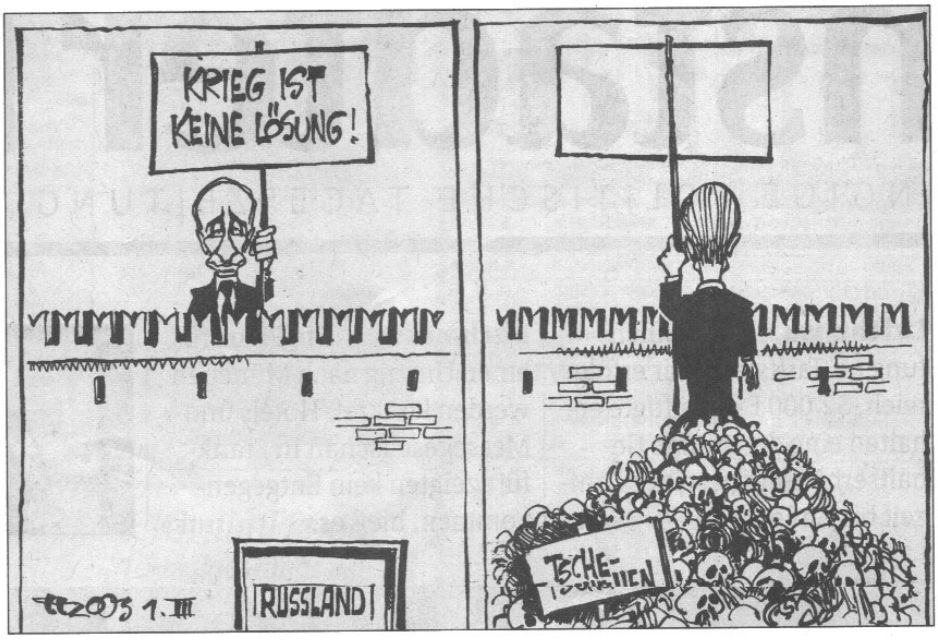
Für eine Woche guckte die Welt nach Moskau und Tschetschenien. Wladimir Putin, der russische Präsident, bekam von der gesamten Welt Unterstützung im Kampf gegen den Terror zugesprochen. Auf dem ein oder anderen darauf folgenden Staatsbesuch musste er sich dennoch Kritik für seine rigide Tschetschenienpolitik anhören, die auf Verfolgung, Unterdrückung, Deportation, Raub und Brandschatzen sowie Mord und Folter basiert.

Heute, ein halbes Jahr später, guckt niemand mehr nach Tschetschenien. Keiner traut sich mehr all zu laut Russland wegen seiner Tschetschenienpolitik zu kritisieren. Russland ist für die Irakkriegsbefürworter und -gegner ein zu wichtiger Partner, als das mensch sich es mit ihm zu verscherzen traut. Und genau heute sollte die Welt trotzdem weiter nach Tschetschenien gukken. Die russische Armee mordet und plündert in Tschetschenien weiter, als wäre nichts passiert. Die russische Regierung hat eilig weitere Gesetze zur Begrenzung der Pressefreiheit erlassen, die unter anderen zuließen, dass die Videobotschaften Barajews nicht mit seiner Stimme ausgestrahlt werden durften, was zur Folge hatte, dass der russische Inlandsgeheimdienst FSB erfinden konnte, was Barajew und seine Anhänger angeblich forderten.

Terroristen wie Moswar Barajew und seine Anhänger sind ein hausgemachtes Problem des seit 200 Jahren andauernden Krieges gegen die Unabhängigkeit Tschetscheniens von Russland. Es waren junge Männer und Frauen, die miterleben durften, wie ihre

Häuser zerstört wurden, ihre Mütter und Schwestern vergewaltigt wurden, Teile ihrer Familie deportiert wurden und sie selbst gefoltert wurden. Es sind junge religiöse Fanatiker, die es Tschetschenien in Hülle und Fülle gibt.

Putins rigides Vorgehen gegen Tschetschenen und die Presse lässt sich schwer erklären, wenn mensch nicht weiß, wer seine Berater in innenpolitischen Fragen sind. Es sind seine alten Bekannten vom Geheimdienst, welche schon zu Zeiten der UdSSR die Bevölkerung bespitzelten und unterdrückten. Es sind die Anhänger eines Überwachungsstaates, die sich die Ängste der russischen Bevölkerung zunutze machen, um sie in ihrer Freiheit und ihren Rechten zu beeinträchtigen.



Charikatur zum gespaltenen Verhältnis Russlands zu Krieg und Frieden: Schizophrene Situation.

Die politische Meinung in Russland wird immer noch stark von den alten Eliten gelenkt, so ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Großteil der russischen Bevölkerung kein Problem mit der Außerkraftsetzung der Menschenrechte in Tschetschenien hat. Auch die immer wiederkehrenden Kampagnen von Putin gegen kritische Medien, durch die er die Pressefreiheit in Russland eingeschränkt hat, stoßen bei der Bevölkerung auf große Zustimmung. Kurz gesagt: Russlands Gesellschaft hat eine noch zu geringe demokratische Zivilgesellschaft.

Am 23.03.03 soll nun in Tschetschenien ein Verfassungsreferendum abgestimmt werden, von dem bisher nur die Eckpunkte feststehen: Tschetschenien wird wieder ein Teil Russlands und russisch wird die Amtssprache. Weitere Teile des Referendums sind heute, einen Monat davor, immer noch nicht bekannt und es hat nach wie vor keine öffentliche Debatte in Tschetschenien über das Referendum statt gefunden. Nach dem Referendum sollen auch noch ein paar Monate später Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt finden. Mensch sollte allerdings aus einem solchen Referendum nicht zu viel Hoffnung ziehen.

Als der amtierende Präsident Aslan Maschadow, der zur Zeit im Untergrund lebt, eine unabhängige Politik

Das Stadtbild von Grosny nach russischen Antiterror-Massnahmen.

von Moskau betrieb, standen ziemlich schnell wieder russische Panzer in Tschetschenien. Nur weil das Tschetschenische Volk gerne in Frieden und unabhängig von Russland leben will, wird Putin ihnen ihre Freiheit nicht unbedingt gewähren, Tschetschenien ist zu wichtig für Russland. In Tschetschenien gibt es einige Ölförderstellen zu Zeiten, in denen einer der wichtigsten Öllieferanten wie der Irak auf einmal nicht mehr liefern könnte. Aber auch wegen der zentralen Lage ist Tschetschenien als Transitkorridor für Russland relevant. Es geht in der Tschetschenienfrage nicht um Rassismus, sondern vielmehr um die Sicherung der Vormachtstellung der Russischen Föderation im Kaukasus.

Wir aus der sogenannten "zivilisierten Welt" sollten erst mal dafür Sorge tragen, dass sich unsere Freunde und Verbündeten um die Einhaltung der Menschenrechte und den Aufbau von demokratischen Strukturen kümmern, bevor wir diese Rechte in anderen Ländern mit militärischen Mitteln erzwingen, dasselbe gilt auch für den Besitz von Massenvernichtungswaffen!

Stefan Seibert, 16, ist IGEL-Redakteur und Fachforenkoordinator der GJN. Er engagiert sich in der GJ Langenhagen.

Im Schlafwagen an die Macht

Christian Meyer beschreibt den schwarz-gelben Schock bei der niedersächsischen Landtagswahl und sucht Gründe und Folgerungen für die Zukunft.

CHRISTIAN MEYER

Der Schock saß tief. Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 2.Februar erlebten wir einen Erdrutschsieg des rechts-bürgerliche Lagers und ein Ende der 13jährigen SPD-Herrschaft.

Die CDU gewann unterstützt von einer Angstkampagne bürgerlicher Medien als „Häuptling Doppelzunge" die Wahl. So beklagten die Konservativen mit der einen Zunge den von rot-grün zurecht betriebenen steuerlichen Privilegienabbau diverser Lobbies und forderten im gleichen Atemzuge pauschal noch größere Reformen und Einschnitte ohne sie konkret zu benennen. So gewann sie sozial Unzufriedene von der SPD und motivierte ihre neoliberalen Kernschichten.

Ebenso doppelzüngig machte sie die Landtagswahlen zu nachgeholten Bundestagswahlen gegen rotgrün, wollte aber über ihre eigene bundespolitische Haltung zum Irakkrieg nicht sprechen (Wulff glänzte zugleich mit Aussagen, er vertrete die Meinung von Joschka Fischer, um sie danach aufs Schärfste zu verurteilen).

FDP im Schlafwagen an die Macht

Noch schlimmer kam die populistisch-spießige FDP eines Walter Hirches quasi im Schlafwagen an die Macht. Ihre Stimmen holte sie nicht mit Eigenständigkeit und Post-Möllemann-Strategien, sondern durch ihr Drängen ins Bett mit der CDU. So ist der große Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen bei der FDP von 4,4 % zu 8,1 % zu erklären.

Wankelmütige, unsoziale SPD

Aber auch Rot und Grün machten Fehler. Die Gabriel-SPD durch ihren schwankenden Kurs zwischen Hinterherlaufen von CDU-Schulpolitik, wie bei der Zerschlagung der Orientierungsstufe und frühen Selektion sowie dem gleichzeitigen Beschönigen sozialdemokratischer Bildungsbilanzen. In der Wirtschafts-, Agrar- und Verkehrspolitik herrschte in Niedersachsen schon lange eine konservative große Koalition gegen grünlinke Modernität. Auch die Fragen sozialer Gerechtigkeit konnten nach jahrelanger Sparpolitik und massiven Kürzungen bei Flüchtlingen, Behinderten und sozial Schwachen von der SPD nun wirklich nicht mehr glaubwürdig vertreten werden. Auch die richtige Forderung nach einer höheren Heranziehung von Vermögenden und Erbschaften zur Bildungsfinanzierung, wurde auf Wunsch von Kanzler und Konzernen wieder in den Keller der Wahlkampfzentrale verbannt. Kein Wunder, dass über die Hälfte der SPD-Verluste aus Enttäuschung zu Hause blieb und sich von keiner Partei vertreten fühlte.

Kaum Wählerwanderung von der SPD zu den Grünen

Denn Bündnis 90/Die Grünen hatten sich durch Forderungen nach einer noch rigoroseren Sparpolitik und neoliberalen Vorstößen im Bund nicht genügend als soziales Korrektiv angeboten. Moderne Solidarität und globalisierungskritische Arbeitsmarktpolitik standen nicht im Vordergrund auf grünen Plakaten oder Broschüren. So blieb auch die Wählerwanderung von SPD zu den Grünen minimal. Insgesamt gewannen wir netto 511 Zweitstimmen und verloren über 76.000 Erststimmen. So bleibt an diesem Wahlkampf vieles zu hinterfragen.

Das wir trotzdem bei 7,6 % der Stimmen landeten, verdanken wir vor allem dem aktiven Wahlkampf vor Ort, der klaren Anti-Kriegshaltung der Bundesregierung (dass wie bei der Bundestagswahl vor allem den profilierteren Grünen zu Gute kommt) und der fleißigen Arbeit der Landesebene.

Dicke Backen gegen schwarz-gelb

Trotz regional sehr unterschiedlicher Ergebnisse gilt es nun nach vorn zu blicken. Die Chancen für eine Trendwende und Aufholjagd stehen trotz des 4.Platzes nicht schlecht.

Veränderte Wahlplakate der CDU: Wahre Intentionen?

Nach wenigen Wochen bürgerlichen Jubels werden harte und von der Mehrheit der Menschen nicht gewollte Einschnitte in Schul-, Frauen-, Arbeitsmarkt-, und Sozialstruktur stattfinden. Hiergegen inhaltlichen und ideenreichen Widerstand zu organisieren wird eine Hauptaufgabe gerade auch der Grünen Jugend sein.

Kämpfen wir für lange gemeinsame Beschulung, gegen die Schließung kleiner Grundschulen, Gesamtschulen und für eine andere Lernkultur.

Hinterfragen wir das angeblich „gottgebene" neoliberale Spardiktat und setzen wir auf Solidarität und Gerechtigkeit mit denen, die hinten runterfallen. Kämpfen wir gegen Studiengebühren und Privatisierung von Bildung und verteidigen wir die Bürgerrechte gegen den CDU-Innenminister.

Spätestens beim nächsten Castor zeigen wir ihm die Zähne !

Ökologisch-solidarische Politik und die Grüne Jugend sind im Aufwind. Machen wir aus den verständlichen dicken Backen der Enttäuschung einen Sturm der Entrüstung, der die konservativ-neoliberalen Schlafwagenfahrer spätestens 2008 wieder aus dem Amt fegt.

Wecken wir das Land auf und zeigen, dass es auch anders geht!

Christian Meyer, 27, ist IGEL-Redakteur und hat die Grüne Jugend lange Zeit im Länderrat der Bündnisgrünen vertreten.

Unsere Wahlgewinnerin Else!

Die Kuh Else war der Wahlkampfhit der Grünen auf Plakaten und im Kino.

Ihr treusorgender, ehrlicher Blick, ihr Gesang und ihre klaren Wahlaussagen unterschieden sie klar von den anderen Parteien.
Besonders beliebt waren städtische Wahlwände mit Platz für alle Parteien. Drei Köpfe von CDU, SPD und FDP und dann Else, als bodenständige Grüne.

Keine Frage, wer der Sieger war.

Für die kommende Legislaturperiode wünschen wir ihr etwas spitzere Hörner, gesündere Milch und weiterhin Probleme auf den Punkt bringen.

Else muss 2008 grüne Spitzenkandidatin werden. Dann muss es ja klappen!

Muuhhh!!!

Ein Bericht darüber, wie aus einem Lied eine Kampagne der Grünen Jugend Niedersachsen wurde.

Wer kennt es nicht: "Gebt das Hanf frei" von Stefan Raab, Shaggy und natürlich mit freundlicher Unterstützung von Christian Ströbele, stürmte die Charts, fand auf grünen Parteitagen ein freudiges Klatschen und wurde auch auf der Klausurtagung der GJN Aktiven in Wernigerode gesummt.Dabei kam dann auf einmal ein Gedankenblitz (niemand weiß mehr, wer es war):

Mensch könnte ja die Popularität des Songs nutzen und damit die junggrüne Forderung nach der Legalisierung von Cannabis noch einmal verstärkt in die Öffentlichkeit tragen.

Gesagt, getan! Die Kampagne sollte noch im Landtagswahlkampf starten, also wurde in Windeseile ein Konzept für die Hanfkampagne erarbeitet, ein Wahlkampfzuschuss bei den Grünen beantragt und ein Flyer erstellt. Am 29.1.03 startete die Kampagne dann in Göttingen mit einer Podiumsdiskussion

Der Flyer zum Wettbewerb: Holt ihn euch!

von GJN Aktiven. Auch in Hannover fand am 30.1.03 eine Podiumsdiskussion der GJN statt, an der Serdar Saris, Leiter einer Drogenberatungsstelle und ein ehemals Cannabisabhängiger teilnahmen. In beiden Städten wurde aber auch der lustige Teil der Kampagne nicht vernachlässigt: parallel zu der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema findet ein Kreativ-Wettbewerb statt, zu dem Videos, Collagen etc. eingesandt werden können. Zu gewinnen gibt es unter anderem zwei Reisen nach Berlin mit Besuch des Hanfmuseums.

Wer an dem Wettbewerb teilnehmen möchte oder die Hanftour in seine Stadt holen will, schickt einfach eine Mail an gjn@gruene-niedersachsen.de oder schaut unter www.gj-nds.de die näheren Wettbewerbsbedingungen an. Außerdem könnt ihr euch auf Anfrage bei der Landesgeschäftstelle die Flyer zusenden lassen, um den Wettbewerb in eurem Kreis bekanntzumachen.

Zur Erinnerung: Der Wettbewerb "Gebt das Hanf frei!" läuft noch bis 01. Mai 2003! Die Einsendefrist wurde um einen Monat verlängert, so könnt ihr euch noch beteiligen!

Grüner leben

Die neue Kampagne der Grünen Jugend Niedersachsen soll Anfang April gestartet werden.

Auf der letzten Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen (GJN) stellte der Landesvorstand eine neue Kampagne für das Jahr 2003 vor. Inzwischen hat sich eine Menge getan: das Material ist erstellt und muss nur noch gedruckt werden, Seminare werden geplant und der Kampagnenauftakt wird vorbereitet.

Grüner Leben, was bedeutet das konkret? Viele Mitglieder der GJN können mit dem Begriff Ökologie nicht viel anfangen, er spielt zwar in wirklich allen Bereichen des Lebens eine Rolle, wird aber kaum wahrgenommen. Wie viele von uns leben denn wirklich bewusst und versuchen, so umweltschonend wie möglich zu handeln? Diese Kampagne soll Möglichkeiten aufzeigen, ökologisch zu leben ohne diesen Lebensstil fest vorzuschreiben und den moralischen Zeigefinger zu erheben. Am Beispiel des Kaufs einer Tafel Schokolade lässt sich die ökologische Dimension erkennen: Milka Schokolade lächelt mich in der lilafarbenen Verpackung an, erinnert mich an romantische Alpenhütten und an die glückliche Kuh, schon liegt die Tafel im Einkaufswagen. Doch Milka gehört zum global tätigen Konzern Jakobs Suchard, der schlechte Arbeitsbedingungen bietet und auf Umweltaspekte schon gar keine Rücksicht nimmt. Direkt neben der Milka Schokolade liegt Ritter Sport: quadratisch, praktisch gut suggeriert mir der Werbeslogan, turnt zumindest mich allerdings eher ab. Dennoch ist Ritter Sport eine deutsche Schokoladenfabrik, die relativ gute Arbeitsbedingungen bietet. Geschmacklich sind sich beide Schokoladen recht ähnlich, warum also nicht die Schokolade mit den besseren Produktionsbedingungen kaufen?

Solche Alltagsentscheidungen möchten wir mit unserer Kampagne bewusst machen, dazu gehört ein Einkaufsratgeber für den Alltag ebenso wie das Seminar in der Natur, bei dem wir versuchen, ohne Strom auszukommen und so ökologisch und naturbewusst wie möglich zu leben. Sicher, in einer Blockhütte ohne Strom zu leben, ist für ein Wochenende sehr lustig, für den Alltag aber eher ungeeignet. Doch bei dieser Kampagne geht es darum, aufzuklären über Lebensstile. Wir möchten intensiver leben und uns der Tragweite unserer Konsumgewohnheiten bewusst werden.

Mal wieder radfahren: selbst_bewusst_leben.

Dazu erstellen wir Flyer zu den Themen Energie, Ernährung und Lebensplanung mit alltagstauglichen Tipps und einen Kampagnenreader, der konkrete Aktionsvorschläge enthält, die vor Ort umgesetzt werden können.

Mit einer spaßigen Aktion beginnt dann auch die Kampagne: in der ersten Aprilwoche (kurz vor der nächsten LMV) wollen wir den Landtag stürmen und Bioburger verkaufen. Der Landesvorstand bereitet diese Aktion vor, allerdings hoffen wir auf eure Unterstützung! Also vorbeikommen, Fotos machen, beim Verkauf helfen, den Landtagsabgeordneten etwas über unsere Kampagne erzählen etc. Wer dazu Lust hat, meldet sich einfach unter lavo@gj-nds.de oder ruft in der Landesgeschäftsstelle an, Übernachtungsmöglichkeiten wird es natürlich geben.

Doch diese Aktion ist natürlich nur der Anfang, auf der LMV werden wir uns mit dem Thema "Brauchen wir Restriktionen für unökologischen Essen?" auseinandersetzen und dafür Inputs von Referenten bekommen, später dann gibt es Seminare zum Thema Ökologie: vom 17.-18. Mai setzen wir uns vor allem inhaltlich damit auseinander, vom 14. -15. Juni findet das Seminar in der Natur statt, bei dem wir versuchen, so umweltbewusst wie irgend möglich zu leben und vom 12.-14. September beschäftigt sich noch einmal die Landesmitgliederversammlung mit Lebensstilen. Das Thema Lebensstile wird eng mit der Kampagne des Bundesverbandes zusammen erarbeitet ("project lifestyle - selbst_bewusst_leben").

Im Oktober/November findet dann das zweite Großseminar zum Themenbereich Ökologie statt.

Diese Angebote sind Serviceleistungen der GJN, aber natürlich findet die Auseinandersetzung mit dem Thema hauptsächlich vor Ort statt. Mit dem Kampagnenreader stellen wir euch Aktionsvorschläge vor, für weitere Fragen, Informationen und Vorschlägen wären wir dankbar, sprecht den LaVo einfach auf der nächsten LMV an oder wendet euch per Mail oder Telefon an eure Regionsansprechpartner.

BEITRAG ZUR AGRARWENDE

Ein Biocent für die Gerechtigkeit!

Um mit Ökolebensmitteln auch die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen, begründet Christian Meyer, warum auch auf dem Agrarmarkt endlich faire Preise für ein ökologisches Umsteuern sorgen können.

CHRISTIAN MEYER

Kürzlich konnte mensch zwei Meldungen lesen:

Erstens, dass die BRD den Grenzwert für Nitrat im Trinkwasser über den von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Wert einfach verdoppelt hat. Nitrat kann krank machen und es entsteht vor allem durch die Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft. Diese und andere Schadstoffe der Massenproduktion erreichen mittlerweile immer stärker das Grundwasser und belasten es schwer. Teure Aufbereitungstechniken oder tiefere Löcher sind nötig, um auch die neuen Grenzwerte einzuhalten. Alles Folgekosten einer überproduzierenden Agroindustrie auf Kosten der Natur.

Die zweite Meldung handelte von Dumpingpreisen bei Milch, Fleisch und Gemüse. "Die Preisspirale nach unten zementiert die Missstände in der industriellen Tierhaltung und führt direkt in den nächsten Lebensmittelskandal. Für die Verbesserung der Tierhaltung und mehr Umweltschutz sind auf den Höfen immer weniger Reserven vorhanden. Zwischen der Lebensqualität der Nutztiere und der Qualität der Lebensmittel besteht ein enger Zusammenhang. Das andauernde Drükken der Einkaufspreise erschwert außerdem das Überleben kleinerer, mittlerer und ökologischer Agrarbetriebe" schreibt der Umweltverband BUND und unterstützt das Eingreifen der grünen Verbraucherschutzministerin Renate Künast.

Was folgt daraus: Die Preise für konventionelle Nahrungsmittel sind nicht gerecht. Die Folgekosten für die Umwelt und Gesundheit tragen alle, auch die die sich nur ökologisch ernähren. Der/die McDoof oder Würgerking-KäuferIn lebt auf Kosten seiner Mitmenschen, die die Folgen der agrarindustriellen Massentierhaltung mitbezahlen müssen. Deshalb sind alle Kampagnen für ökologisches Einkaufen gut und richtig, gehen jedoch nicht an die marktwirtschaftliche Wurzel der ungerechten Produktion heran.

Ebenso wie bei den Energiepreisen, wo die externen Kosten (also für Schadstoffe, Verschmutzung etc.) durch Ökosteuern einbezogen werden, muss es auch für Agrarprodukte einen gerechten Wettbewerbsmarkt geben. Das heißt konventionelle Produkte müssen stufenweise durch den Biocent belastet und ökologisch vorteilhafte Produktion dafür entlastet werden. Gewinnen tun wieder beide. Die Folgekosten der Allgemeinheit werden reduziert, die Umwelt entlastet und ökologisch verträgliche Lebensmittel billiger. Leiden tun die Agrarindustrie, die tierquälerische Massentierhaltung und die Ramschketten. Was auf der VerbraucherInnenebene gilt, gilt auch für die EU-Agrarsubventionen. Wenn von den bisherigen Subventionen alle Folgeausgaben für erhöhten Gesundheitsschutz, Trinkwasseraufbereitung, Klimaschutz, Naturverbrauch etc. abgezogen würden, wäre nichts mehr übrig. Stattdessen sollten die Fördermittel schrittweise nur noch in ökologisch verträgliche Landwirtschaft gegeben werden.

Wie beim Autofahren braucht es deshalb eine ökologische Steuerreform auch bei Ökolebensmitteln. Allein an den/die VerbraucherIn zu appellieren reicht nicht, sondern es müssen auch Preissignale für ein Umsteuern gesetzt werden. Das Einschreiten Renate Künasts gegen die unverantwortliche Dumpingpolitik von Lidl, Aldi und Co, kann dazu nur ein erster Schritt sein. Lebensmittel müssen endlich ihren wahren Preis haben.

Der Biocent muss her, damit Öko aus der Nische kommt und auch für die SozialhilfeempfängerInnen erschwinglich wird.

Christian Meyer, 27, ist IGEL-Redakteur und hat die Grüne Jugend lange Zeit im Länderrat der Bündnisgrünen vertreten.

Service machen wir mit links!

Hier habt Ihr E-Mail-Adressen und Telefonnummern von AnsprechpartnerInnen der Grünen Jugend Niedersachsen (GJN):

Landesgeschäftsstelle
Odeonstraße 4
30159 Hannover
Fon: (05 11) 126 085 77
Fax: (05 11) 126 085 85
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Internetadresse: http://www.gj-nds.de
Bankverb.: Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 84 31 500, BLZ: 251 205 10
Geschäftsführung:
Konstantin Knorr
E-Mail: kknorr21@aol.com

Landesvorstand
Jan Philipp Albrecht (Schatzmeister)
mail@janphilippalbrecht.de
(05331) 857272
Wolfenbüttel

Anne Bonfert
rupfmupf@web.de
(05121) 690408
Hildesheim

Helge Limburg
helge.limburg@web.de
(05531) 3233
Holzminden

Judith Moormann
JuJoMo@web.de
(04131) 247895
Lüneburg

Josefine Paul
Finso@gmx.de
(05356) 912123
Barmke/Helmstedt

Fachforenkoordinator
Stefan Seibert
stefanseibert15@web.de
(0511) 723228
Langenhagen

IGEL-Redaktion
Michael Anklamm
MichaelAnklamm@gmx.de
(0511) 371207
Langenhagen

Tina Below
tinabelow@web.de
(0511) 131490
Hannover

Meike Class
meike.classe@t-online.de
(04921) 6385
Emden

Caroline Krugmann
Caerrol@hotmail.com
(0511) 2158592
Hannover

Christian Meyer
Christian.Meyer.GAJB@t-online.de
(05531) 6912
Holzminden

Dominik Spitschan
dominik@spitschan.de
(05341) 266151
Salzgitter

Mitglieder im Bundesvorstand
Benjamin von der Ahe (Sprecher)
ben@gruene-jugend.de

Stephan Schilling (Schatzmeister)
ste.schilling@gmx.de

Hier die Termine die bei Junggrüns und Altgrüns demnächst anstehen:

Grüne Jugend
21.-23.03.03 Gemeinsames Treffen des FaFo Drogen und des Bundesnetzwerk Drogen; Fachforum Wirtschaft in Göttingen
22.-23.03.03 "Asylrecht für Aktive" in Trier
Erste April Woche Kampangenstart Grünerleben - Aktion vor dem Landtag
05.-06.04.03 Landesmitgliederversammlung (LMV) der GJN in Hannover
12.-13.04.03 "Asylrecht für Aktive" in Trier
26.-27.04.03 Serviceseminar (Ort noch nicht bekannt)
16.-18.05.03 Bundesauschuss der Grünen Jugend in Hannover
17.-18.05.03 Ökologieseminar zur GJN-Kampagne Grünerleben
24.-25.05.03 Seminar der Stiftung leben & umwelt in Hannover: Kommunikationstraining 1
06.-08.06.03 "Herbals" / " Smart Drugs" in Berlin
14.-15.06.03 Ökologieseminar zur GJN-Kampagne Grünerleben im Harz
21.-22.06.03 Seminar der Stiftung leben & umwelt in Hannover: Kommunikationstraining 2
02.-08.08.03 Sommercamp auf der Burg Ludwigstein bei Kassel

Bündnis90/Die Grünen
29.03.03 LDK (Satzungsänderungen) in Hannover
10.-11.05.03 LDK (Lavowahlen, Nachtragshaushalt) in Hameln

Weitere Informationen und Kontaktadressen, auch von Grüne Jugend Gruppen in Eurer Nähe, bekommt Ihr in der Landesgeschäftsstelle oder im Internet:
www.gj-nds.de (Niedersachsen)
www.gruene-jugend.de (Bundesverb.)

Bericht von der LMV im Dezember

LMV Hannover Dez.02

Judith Moormann berichtet über das Ortsgruppenseminar und die anschließende Landesmitgliederversammlung am 14. und 15.12.02.

Am 14. Dezember fanden sich im Laufe des Vormittags etwa 25 Personen in der Landesgeschäftstelle der Grünen Jugend Niedersachsen in Hannover ein. Es waren neben dem Landesvorstand Leute da, die einfach mal gucken wollten was die Grüne Jugend so macht, Leute die Tipps für die Arbeit in den Ortsgruppen haben wollten und solche die gerade dabei waren eine neue Ortsgruppe zu gründen.

Nach einer Vorstellungsrunde, bei der herauskam, dass die Leute wirklich aus dem ganzen Land kamen, wurde gesammelt, was sich jeder einzelne von dem Seminar erhoffte. Darunter waren unter Anderem die Mitgliederwerbung, das Durchführen von Aktionen und die Themenfindung in der Gruppe.

Vor dem Mittagessen hielt dann Dunja Rose, die Pressereferendarin der Grünen, einen Vortrag über die Pressearbeit. Also wie man eine Pressemitteilung schreibt, wie man den Kontakt zu den Journalisten aufbaut usw. Nach dem Mittagessen, dass aus leckerer Pizza bestand, wurde noch über die Themen die zuvor gesammelt wurden geredet und vom LaVo referiert. Abends wurden noch lustige Spiele gespielt und einige Flaschen Wein geleert.

Nach dem wir uns aus den Federn gewühlt und etwas gefrühstückt hatten, fingen wir mit der Landesmitgliederversammlung an. Als erstes gab es eine Vorstellungsrunde, da nicht alle die auf der LMV waren am Vortag schon da waren. Dann haben die einzelnen Ortsgruppen erzählt, was bei ihnen gerade so geplant ist. Auch der Landesvorstand gab eine Übersicht darüber, was auf Landesebene so läuft. Ebenfalls wurden kurze Berichte über den Bundesvorstand, den Altgrünen LaVo und die BDK gehalten.

Anschließend wurde ein Geschäftsordnungsantrag vom Landesverband gestellt. Nach diesem GO- Antrag wird der LaVo in Zukunft unterschiedliche Aufgabenbereiche haben. Dies wird dann auf der nächsten LMV endgültig abgestimmt. Dann wurde das Konzept für 2003 vorgestellt. Mit diesem Konzept soll ein "herumdümpeln" verhindert werden. Für 2003 ist das Thema Ökologie geplant.

Nach der Konzeptvorstellung haben wir über die "Geld her" - Resolution diskutiert bei der vor allem die gerade aktuell diskutierte Vermögenssteuer im Vordergrund stand.

Nach dem diese Resolution verabschiedet wurde, ging es an die Wahlen. Es wurden neue Igelredakteure gewählt und es haben sich glücklicherweise auch genug Leute für die Igelredaktion gefunden. Auch ein Fachforenkoordinator und der LaVo wurden neu gewählt.

Anschließend wurde die Kampagne "Gebt das Hanf frei" vorgestellt. Dann stand noch Verschiedenes auf der Tagesordnung. Unter anderem wurde über den Haushaltsplan 2003 und die Fahrkostenrückerstattung gesprochen.

Judith Moormann, 17, ist im Landesvorstand der GJN und engagiert sich sehr in der Grünen Jugend Lüneburg.

Trennung von Amt & Mandat?

Das grüne Novum, eine Urabstimmung zur Trennung von Amt und Mandat steht in der Altpartei bevor, Helge Limburg zum aktuellen Stand in der Partei und zur Haltung der GJN.

Nachdem der Bundesvorstand bei der letzten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Bremen mit dem Versuch scheiterte, die Trennung von Amt und Mandat wenigstens teilweise abzuschaffen kommt nun ein historisches Ereignis auf uns zu: Die erste Urabstimmung seit dem Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen steht bevor. Ziel ist die Beendigung einer Diskussion, die so alt ist wie die Grünen selbst:

Dürfen Parteifunktionäre gleichzeitig MandatsträgerInnen sein?

Dieses Thema mag alt und einigen schon lästig sein, es ist aber heute genauso aktuell wie vor 10 oder 20 Jahren. Und nun wollen die Grünen diese Diskussion endlich beenden, mit dem Instrument der Urabstimmung. Vielen grünen Mitgliedern war es gar nicht bewusst, das in der Satzung solch eine Urabstimmung verankert ist. Und doch, auf der letzten BDK wurde darüber abgestimmt, welche Frage denn nun die Mitglieder per Brief beantworten sollen:

Dürfen zwei der sechs Bundesvorstandsmitglieder ein Bundestagsmandat haben oder nicht?

In den nächsten Monaten wird also den grünen Mitgliedern unter uns ein Reader zur Trennung von Amt und Mandat mit Pro und Contra Argumenten ins Haus flattern, verbunden mit dem Formular für die Abstimmung. Problematisch ist bei dieser oberflächlich betrachteten sehr demokratischen Lösung der ewigen Konfliktes allerdings einiges: reicht eine einfache Mehrheit der Stimmen oder nicht, wird die Beteiligung überhaupt ausreichen, werden vielleicht nur 20% der Mitglieder per Brief abstimmen und ist dann diese Urabstimmung nicht doch undemokratisch? Sind nicht auch die Kosten dieser Urabstimmung viel zu hoch, wird doch jede Karteileiche angeschrieben. Wir wissen eigentlich keine gute Antwort auf diese Fragen und raten den GJN Mitgliedern, die gleichzeitig bei den Altgrünen Mitglied sind, sich an der Urabstimmung zu beteiligen und gegen jegliche Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat zu stimmen. Die Position der GJN ist genauso klar wie kompromisslos: auch eine nur teilweise Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat fördert Machtkonzentration und Korruption.

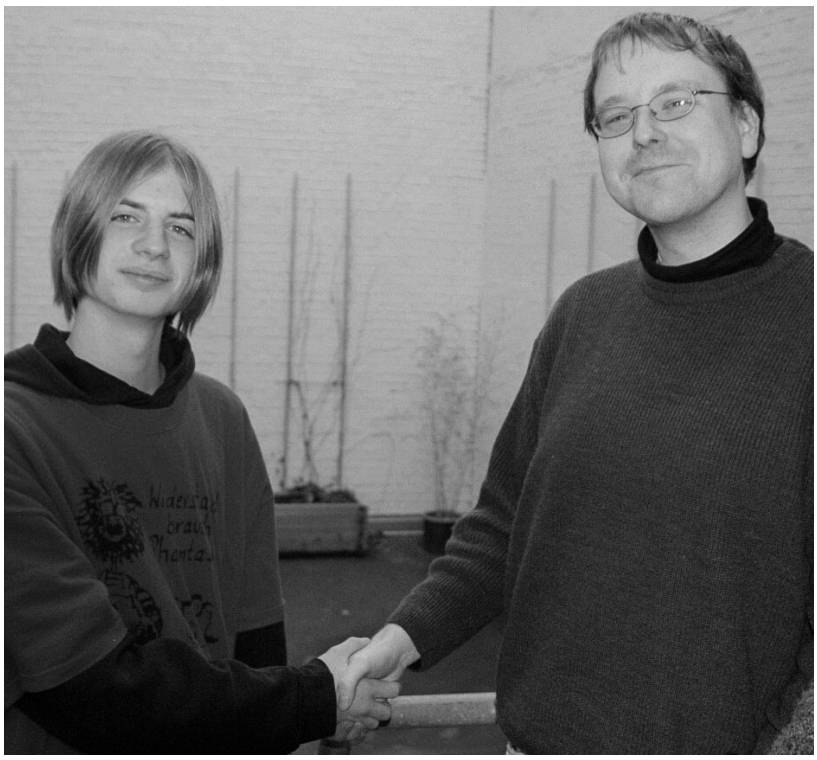
Gerade in den letzten Jahren haben Skandale um das System Kohl oder um Jürgen Möllemann Schlagzeilen gemacht. Immer wieder ging es dabei um Abhängigkeits- und Filzstrukturen, die dem jeweiligen Initiator Macht und Einfluss sicherten. Um das Entstehen solcher Strukturen zu verhindern, haben sich die Grünen das Gebot der Trennung von Amt und Mandat in die Satzung geschrieben. Verantwortung und Einfluss sollten auf mehrere Schultern verteilt werden, gleichzeitig sollten jungen Leuten Aufstiegschancen ermöglicht werden.

Ihr, als Grüne Basismitglieder seit nun gefordert! Macht in euren Kreisverbänden Stimmung für die Trennung von Amt und Mandat, lasst nicht zu, dass bei den Grünen negative Entwicklungen anderer Parteien kopiert werden! Statt anderen nachzulaufen sollten wir stolz auf unsere Strukturen sein!

Weitere Argumente für die Beibehaltung der Trennung von Amt und Mandat findet ihr unter www.gruene-jugend.de und unter www.gruene-linke.de.

SprecherIn oder nich SprecherIn?

Dass die Satzung der GJN in Hinsicht auf die Struktur des Landesvorstandes einer Neuerung bedarf, darüber war sich der jetzige Landesvorstand einig. Doch heraus kamen, neben kleinen Änderungen, zwei verschiedene Vorschläge.



Nicht immer kann man sich so einig sein: Stefan Seibert und Christian Meyer einer Meinung.

Im Folgenden werden diese beiden Satzungsänderungen vorgestellt und begründet. Abgestimmt wird auf der nächsten LMV in Hannover. Natürlich kann jedes GJN-Mitglied seine eigenen Änderungsanträge einbringen.

Bisherige Formulierung des Absatzes:

§ 7 Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand führt die laufenden Geschäfte des Landesverbandes im Rahmen der Satzung und der Beschlüsse der Landesversammlung. Er vertritt den Landesverband nach außen und zur Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(2) Dem Landesvorstand gehören mindestens 4 und maximal 6 gleichberechtigte Mitglieder an, darunter der/die LandesschatzmeisterIn und eine für die Pressearbeit besonders verantwortliche Person. Der Landesvorstand ist mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Der Landesvorstand entscheidet intern über seine politische und organisatorische Aufgabenverteilung. Die Mitglieder des Landesvorstandes sollen aus allen Regierungsbezirken Niedersachsen kommen. Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

(3) Der Landesvorstand wird von der Landesversammlung in geheimer Wahl für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Wiederwahl in Folge ist nur einmal möglich. Von dieser Regelung ist die/der LandesschatzmeisterIn ausgenommen. Die Landesversammlung kann mit 2/3-Mehrheit eine Ausnahme von dieser Rotationsregelung beschließen. Die Amtszeit endet für alle Mitglieder - auch für Nachgewählte - mit Ablauf der Wahlperiode oder durch Abwahl. Der Landesvorstand ist der Landesversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig.

(4) Mitglied im Landesvorstand kann nicht werden, wer

- Mitglied im Vorstand der Grünen Jugend Bundesverband ist
- Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen oder im Bundesvorstand einer anderen Parteijugendorganisation oder einer Partei nahestehenden Jugendorganisation ist
- Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen oder im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- MandatsträgerIn im niedersächsischen Landtag, im Bundestag oder Europaparlament ist in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur GJN steht.

(5) Die Abwahl von Mitgliedern des Landesvorstandes - auch die kollektive Abwahl - ist jederzeit durch die Landesversammlung mit absoluter Mehrheit der Anwesenden möglich, jedoch nicht aufgrund eines Dringlichkeitsantrages.

(6) Der Landesvorstand richtet für organisatorische Arbeiten eine Landesgeschäftsstelle ein. Hierfür stellt der Landesvorstand eineN LandesgeschäftsführerIn und eventuell weitere Angestellte ein.

(7) Der Landesvorstand tagt öffentlich, sofern nicht von diesem für einzelne Tagesordnungspunkte anders beschlossen. Sitzungstermine, Tagesordnung und Protokolle werden jedem Mitglied auf Anfrage mitgeteilt.

Antrag 1

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass die momentane Regelung in ihren Grundzügen erhalten bleiben sollte. Wir halten einen gleichberechtigten Vorstand, der intern über seine Aufgabenverteilung bestimmt, für das beste Modell. Die GJN hat unter anderem die Aufgabe, ihre jungen und jugendlichen Mitglieder in einem politischen Sinn zu erziehen und Verantwortung herauszubilden. Ein transparentes Vorstandsmodel, in dem alle Mitglieder gleichberechtigt sind, halten wir für sinnvoll da Machtstrukturen nicht bereits in der Grünen Jugend herausgebildet werden sollten.

Auch für die Öffentlichkeitsarbeit sind hervorgehobene SprecherInnen nicht erforderlich. Im Gegenteil, die bisherige Praxis bietet der Grünen Jugend die Möglichkeit, sich als Organisation mit verschieden aktiven Mitgliedern zu präsentieren, die immer wieder neue Personen nach vorne bringt.

Wir sind allerdings für die Einführung einer politischen Geschäftführung zur Koordination der Vorstandsarbeit. Die genauen Zuständigkeiten dieser politischen Geschäftsführung werden in der Geschäftsordnung des Landesvorstandes geregelt.

Weiter halten wir die Abschaffung der "harten Quote" zu Gunsten der "weichen Quote" für sinnvoll. Der Landesvorstand muss in die Lage versetzt werden, möglichst gut und reibungslos arbeiten zu können. Dazu ist es notwendig, dass er aus den nach der Satzung festgelegten sechs Mitgliedern besteht. Die Arbeitsfähigkeit des Landesvorstandes darf nicht allein von der Anzahl der weiblichen Kandidaten abhängen. Trotzdem halten wir daran fest, dass im Normalfall der Landesvorstand mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sein soll.

Evt. einfügen nach dem vorletzten Satz: Um aber einen Missbrauch einer weichen Quote vorzubeugen, setzen wir einen Landesfrauenrat ein. Nur wenn zwei Drittel aller anwesenden weiblichen Mitglieder beschlossen haben, den quotierten Platz freizugeben, kann dieser gewählt werden; aber auch erst nachdem die LMV das Votum des Landesfrauenrates bestätigt hat.

Änderung in Absatz 2:

Dem Landesvorstand gehören sechs gleichberechtigte Mitglieder an, darunter der/die LandesschatzmeisterIn und der/die politische GeschäftführerIn. Der Landesvorstand entscheidet intern über seine politische und organisatorische Aufgabenverteilung.

Antrag 2

Ein Grund für die bisherige Struktur des Lavos war der Wunsch nach einem gleichberechtigten Vorstand, ohne Hierarchien. Mit der presseverantwortlichen Person wurde versucht, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen und den Schatzmeister musste es laut Parteiengesetz geben.

Die Realität in den letzten Jahren sah jedoch durchgehend anders aus:

Da ein Vorstand immer aus Menschen besteht, die verschiedene Interessen und Fähigkeiten haben und unterschiedliche politische Erfahrungen gesammelt haben, gibt es oft informelle Hierarchien. Auch die Arbeitsverteilung ist sehr unterschiedlich, da Einige mehr Zeit haben, die sie für die GJN einsetzen können.

Um aber solche Unterschiede in den Arbeitsweisen auch demokratisch zu legitimieren und es nicht dem Zufall überlassen zu müssen, wer sich mehr einbringt und die GJN öfter in der Öffentlichkeit vertritt, ist es sinnvoll zwei Sprecherinnen zu haben.

So ist es der LMV und damit den Mitgliedern belassen zu entscheiden wer die GJN an exponierter Stelle vertreten soll. Auch für Neueinsteiger und politisch noch nicht so erfahrene Menschen bietet dies die Möglichkeit erst einmal als Beisitzer anzufangen, dort Erfahrungen zu sammeln. Die Arbeitsbelastung und der Zeitaufwand ist als Beisitzer auch geringer, so dass auch Menschen mit weniger Zeit die Aufgabe ohne schlechtes Gewissen übernehmen können.

Die Sprecherinnen hingegen stehen in der vollen Verantwortung. Weiterhin sind die Ansprechpartner der GJN für Außenstehende deutlicher. Insbesondre gegenüber der Presse ist es von Vorteil als Sprecherin der GJN aufzutreten und nicht "bloß" als ein Presseverantwortlicher, was den Journalisten selten ein Begriff ist.

Auch der Kontakt mit dem Bundesvorstand und zu anderen Landesverbänden wird durch die Herausstellung eines/einer SprecherIn vereinfacht. Vor allem aber die Basismitglieder haben somit eine bessere Übersicht über die Strukturen im Landesvorstand.

Die genaue Aufgabenverteilung im Landesvorstand und die Pflicht diese mitgliederöffentlich zu machen, werden die Arbeit erleichtern. Es ist Deutlicher an wen man sich wenden muss und gleichzeitig ist diese Regelung aber auch so flexibel, dass der Landesvorstand die Aufgaben umverteilen kann.

Dieser neue Satzungsparagraph soll also die Strukturen demokratischer und überschaubarer machen, gleichzeitig aber einen Spielraum für den Landesvorstand lassen, sich selbst zu organisieren.

Abschließend ist anzumerken, dass die GJN der einzige Landesverband der Grünen Jugend ist, der noch kein SprecherInnensystem hat. Eine Angleichung wäre ein immenser Vorteil für die Arbeit im Bundesverband.

Änderung in Absatz 2:

Dem Landesvorstand gehören sechs gleichberechtigte Mitglieder an, darunter der/die LandesschatzmeisterIn und zwei SprecherInnen, davon mindestens eine Frau. Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der eine Aufgabenverteilung festgelegt wird. Die Aufgabenverteilung muss bekannt gegeben werden.

Ein-IGELN gilt nicht!

Auch zum Pararaphen DER IGEL gibt es Satzungsänderungen, die allerdings geschlossen vom Landesvorstand gestellt werden.

Die Mitgliederzeitschrift der Grünen Jugend Niedersachsen, DER IGEL, ist seither ein wichtiges Mittel zur Kommunikation, Mitgliederwerbung und Außendarstellung. Deswegen ist es unser aller Ziel, den IGEL schöner, besser und professioneller zu gestalten.

In der Vergangenheit haben wir festgestellt, dass eine große Redaktion nicht automatisch bedeutet, den IGEL schnell und zuverlässig erstellen zu können. Im Gegenteil, oft blieb am IGEL-Koordinator und noch ein bis zwei anderen Redaktionsmitgliedern die ganze Arbeit hängen. Durch eine verkleinerte und vollkommen unabhängige Redaktion, in der auch Landesvorstandsmitglieder nicht mehr mitarbeiten können, von mindestens zwei und maximal vier Leuten kann die Arbeit übersichtlicher aufgegliedert werden, so dass jedes Mitglied verantwortlich mitarbeitet.

Die Arbeit dieser Redaktion läuft immer mehr darauf hinaus, einige Artikel selbst zu schreiben, aber vor allem anderen schreibwütige Menschen die Möglichkeit zu geben, für den IGEL zu schreiben. Wir möchten eine Schreibwerkstatt in Niedersachsen etablieren, in der schreibwillige GJNler sich in Mailinglisten zusammenfinden und austauschen können und sich professionalisieren können, z.B. mit Schreibseminaren. Somit kann die Redaktion dann auf einen großen Pool an AutorInnen zurückgreifen, die professionell geschult sind und im IGEL erste Erfahrungen machen können, ohne fest in der Redaktion zu sitzen.

Darüber hinaus möchten wir die Zusammenarbeit der Redaktion mit dem Landesvorstand auch in der Satzung hervorheben. Viele Artikel des IGELs werden vom Lavo geschrieben, er plant außerdem das Erscheinungsdatum und den Umfang des IGELs. Diese Zusammenarbeit möchten wir weiter intensivieren, so dass der IGEL ein Produkt der ganzen GJN wird.

§ 8 DER IGEL

Der Igel ist die Mitgliederzeitung der GJN. Er hat die Aufgabe die Mitglieder über verbandsinterne Dinge zu unterrichten, sowie Raum für Diskussionen zu schaffen und die GJN nach außen zu vertreten.

(1) Inhalte, die im Igel veröffentlicht werden müssen sich mit den Beschlüssen der GJN vereinbaren lassen.

(2) Die Redaktion besteht aus mindestens 2 und maximal 4 Personen, die von der Landesversammlung für ein Jahr gewählt werden, darunter die Chefredakteurin. Die/ der Chefredakteur ist verantwortlich für die Koordination innerhalb der Redaktion, mit dem LaVo und der LGS. Die Redaktion muss mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sein. Für den Fall, dass es nicht ausreichend Kandidatinnen gibt, tagt der Landesfrauenrat (alle weiblichen GJN-Mitglieder), der mit einer 2/3-Mehrheit bei der Landesmitgliederversammlung die Öffnung der Frauenplätze für männliche Kandidaten beantragen kann. Die Landesmitgliederversammlung kann daraufhin diesem Antrag mit einer 2/3-Mehrheit stattgeben.

(3) Erscheinungstermin, Umfang und Inhalt werden von der Redaktion zusammen mit dem Landesvorstand festgelegt. Es ist Einvernehmen herzustellen. Näheres regelt eine gemeinsame Vereinbarung zwischen der Igelredaktion und dem Landesvorstand.

Zu guterletzt noch weitere Satzungsänderungen im Paragraph Landesvorstand, welche auch geschlossen vom jetzigen Landesvorstand gestellt werden.

§ 7 Landesvorstand

(2) (...) Der Landesvorstand ist mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Für den Fall, dass es nicht ausreichend Kandidatinnen gibt, tagt der Landesfrauenrat (alle weiblichen GJN-Mitglieder), der mit einer 2/3-Mehrheit bei der Landesmitgliederversammlung die Öffnung der Frauenplätze für männliche Kandidaten beantragen kann. Die Landesmitgliederversammlung kann daraufhin diesem Antrag mit einer 2/3-Mehrheit stattgeben.

(3) Der Landesvorstand wird von der ersten Landesmitgliederversammlung im Jahr für eine einjährige Amtszeit gewählt. Die Wahl erfolgt geheim. Wiederwahl in Folge ist nur zweimal möglich. Die Amtszeit endet für alle Mitglieder - auch für Nachgewählte - mit der ersten Landesmitgliederversammlung im darauffolgenden Jahr oder durch Abwahl. Der Landesvorstand ist der Landesmitgliederversammlung gegenüber rechenschaftspflichtig.

(4) Mitglied im Landesvorstand kann nicht werden, wer

- Mitglied im Vorstand der Grünen Jugend Bundesverband ist
- Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen oder im Bundesvorstand einer anderen Parteijugendorganisation oder einer Partei nahestehenden Jugendorganisation ist
- Mitglied in der Igelredaktion der GJN ist
- Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen oder im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- MandatsträgerIn (...) ist oder in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur GJN steht.

JPA

Landesmitgliederversammlung April 2003 in Hannover (LGS)

Einladung zur Mitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen vom Samstag, den 05. bis Sonntag, den 06. April 2003 in Hannover in der LGS.

Liebe Igels,

am 05. April 2003 ist es wieder soweit: aus ganz Niedersachsen kommen junge Grüne zusammen und diskutieren, streiten, feiern und toben sich in Hannover aus.

Diese Landesmitgliederversammlung steht ganz unter dem Motto der neuen Kampagne "Grünerleben". Eine Kampagne, die sich mit Ökologie in den Bereichen Ernährung, Mobilität und Energie auseinandersetzt. Schon im Vorfeld wird es einer Auftaktaktion geben, von der während der LMV mithilfe von Filmen und Fotos berichtet wird. Danach findet eine Podiumsdiskussion zum Thema "Brauchen wir Restriktionen gegen unökologisches Verhalten?" statt, zu der wir auch eine Resolution erarbeiten und im Anschluss wird - natürlich ökologisch - gegessen. Näheres zum Ablaufplan am Samstag siehe unten. Am Sonntag stehen vor allem Berichte der Ortsgruppen und des Landesvorstandes an, außerdem wird über Satzungsänderungen zur Struktur des Landesvorstandes und der Igelredaktion diskutiert und am Ende wählen wir einen neuen Landesvorstand, sowie eine neue IGEL-Redaktion.

Wenn ihr gerne auf Landesebene tätig seid und wissen möchtet, was mensch da so tut, wendet euch bitte an den Landesvorstand (lavo@gj-nds.de). Auch die (sehr erwünschten) schriftlichen Bewerbungen könnt ihr an diese Adresse senden.

Organisatorisches:

Die LMV findet in der Landesgeschäftsstelle der Grünen Jugend Niedersachsen in Hannover statt. Dort werden wir auch übernachten. Bitte bringt Isomatten und Schlafsäcke mit, damit ihr für kalte Nächte unter dem Sternenhimmel gerüstet seid. Fahrtkosten werden wie immer erstattet, für leckeres Essen ist gesorgt.

Anmeldungen bitte rechtzeitig an gjn@gruene-niedersachsen.de oder unter 0511/12608577!

Ablaufplan:

Samstag, den 05.04.

Ab 10.30 Uhr: Anreise

11 Uhr: Beginn
Bis 12 Uhr: Vorstellung der Kampagne
Bis 13.30 Uhr: Diskussion zum Thema "Brauchen wir Restriktionen gegen unökologisches Verhalten?"
Bis 14 Uhr: Mittagessen
14 - 17 Uhr: Aktion in der Innenstadt von Hannover
17 - 18 Uhr: Arbeit an Resolution, Diskussion über Satzungsänderungen und die Urabstimmung bei den Grünen
18 - 19 Uhr: Abendessen

Ab 20 Uhr: Party oder Kabarett

Sonntag, den 06.04.

9 - 10 Uhr: Frühstück
10 Uhr: Beginn der LMV
- Berichte: Ortsgruppen, Landesvorstand (Hanfwettbewerb)
- Diskussion und Verabschiedung der Resolution
- Satzungsänderungen: Diskussion und Abstimmung
- Wahlen: Igelredaktion, BA-Delegierte, Landesvorstand

Gegen 15 Uhr: Ende

Liebe Grüße,
euer Landesvorstand

WERDE AKTIV!!!

... tschüß, bis zum nächsten Igel!

Ich bin Fan der GJN!

☐ Ja, ich werde / bin Mitglied der GJN
und zahle _____ € pro Monat (mind. 1 €)

☐ Ja, ich werde Fördermitglied der GJN
und zahle _____ € pro Monat (mind. 2 €)

☐ Ja, ich werde Schnuppermitglied der GJN und erhalte den Igel bis zu einem halben Jahr kostenlos.

Name _____

Anschrift _____

_____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Einzugsermächtigung: Bitte bucht das Geld
☐ halbjährlich ☐ jährlich von meinem Konto ab.

Name _____

BLZ Kto. _____

Bank _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

☐ Ich brauche eine Spendenquittung.

Grüne Jugend Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover

Fon: 0511 12 60 85 77
Fax: 0511 12 60 85 70
www.gruene-jugend-niedersachsen.de
E-Mail: gjn@gruene-niedersachsen.de
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 251 205 10 - Kto. 8431500